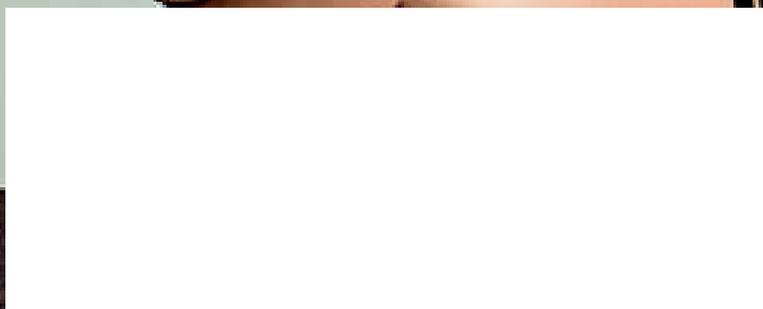


# souverän

Interview mit  
**Wolfgang Schäuble:**  
Rot-Grün will drastische  
**Steuererhöhungen** –  
braucht der Staat wirklich  
noch mehr Geld?



# Lesen was gesund macht.

## Weitere Themen:

- ▶ **Sonnenallergie:** Wie Sie sich wirkungsvoll davor schützen
- ▶ **Vorsorge-Vollmacht:** Was Sie unbedingt dabei beachten sollten
- ▶ **Vitamin D:** Warum ein Mangel das Osteoporose-Risiko erhöht
- ▶ **App „Apotheke vor Ort“:** Wie Sie Erklärungen zu Ihren Laborwerten abrufen können
- ▶ **Beratungs-Aktion:** Was Apotheken in der häuslichen Pflege leisten

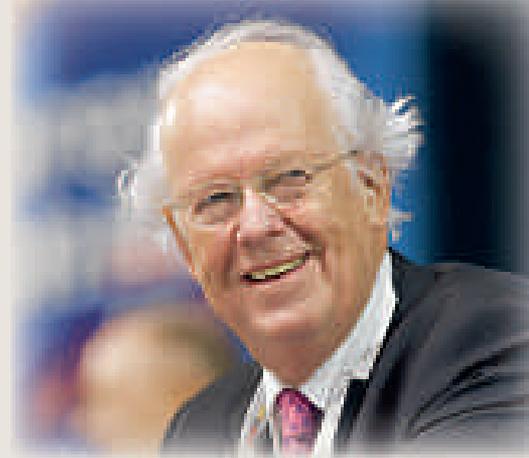


Alle 14 Tage NEU  
in Ihrer Apotheke.



[www.apotheken-umschau.de](http://www.apotheken-umschau.de)

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
hier ist mein Brief zum Thema*



Rot-Grün hat eine Gerechtigkeitslücke entdeckt, die es auf seine Art und Weise nach altbekanntem Strickmuster schließen will: mit Steuererhöhungen! Verwundert reiben die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sich die Augen und fragen sich, warum gerade in einer Krisenzeit die Erhöhung von Steuern gefordert wird, in der noch nie zuvor von den Steuerzahlern so viel Geld in die Staatskassen gezahlt wurde. Im Jahr 2012 hat es ein Rekordjahr an Steuereinnahmen gegeben, die die vorherige Steuerschätzung deutlich übertrafen. Und auch im Jahr 2013 werden die Einnahmen die eigenen Schätzungen abermals ein gerüttelt' Maß übertreffen. Doch Rot-Grün will mehr. Aber auf welche Kosten?

Was soll ein solcher Griff in des Bürgers Börse, wenn jedermann weiß, dass Steuererhöhungen mit Blick auf eine stabile Konjunktur und einen florierenden Arbeitsmarkt alles andere als eine günstige Unterstützung sind? Vielmehr sind sie jetzt in einer europäischen Währungs Krise, um es deutlich zu formulieren, Gift für die deutsche Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit eine große Gefahr für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Doch was schert das SPD und Grüne, sie wollen „die da oben“ treffen, die ja in der Lage seien, ihre geplanten zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren. Natürlich ist es unbestritten, dass es eine Reihe von Zeitgenossen gibt, die solche Belastungen auffangen können, ohne gleich am Hungertuch nagen zu müssen. Schaut man hingegen genauer auf die rot-grünen Steuerexperimente, so ist eben nicht nur die sogenannte Gruppe von Spitzenverdienern betroffen, sondern in Wahrheit auch jene der großen Mittelschicht von Lohnabhängigen und Selbständigen, die bereits heute die Hauptlast der Steuern zu tragen hat. Und wie es bei den Anhängern der Allzuständigkeit der Staatsmacht in allen Lebenslagen des Bürgers nun einmal so üblich ist, wird der Hang nach Steuererhöhungen auch bei den unteren Lohnschichten keinen Halt machen, getreu dem Motto: Wer reich ist, das entscheidet Rot-Grün. Am Ende stellt der überraschte Bürger fest, dass auch er zu den Reichen gehört und von zusätzlichen Steuern ebenfalls nicht verschont bleibt.

Wenn es dennoch in jüngst veröffentlichten Umfragen nicht wenige Bürger gibt, die einer rot-grünen Steuererhöhung zustimmen, sollten diese nach allen bisherigen Erfahrungen nicht glauben, außen vor zu bleiben. Die Wünsche des Staates nach dem Geld der Bürger sind unbegrenzt, Misstrauen bleibt angesagt! Ein Widerspruch von Rot-Grün bleibt hingegen erklärungsbedürftig. Warum will dieses Bündnis im Zusammenhang mit Steuererhöhungen denn eigentlich die Kirchensteuer abschaffen? Kirchensteuer ist nichts anderes als eine „freiwillige Steuer“. Jeder hat die Freiheit, seine Kirchenmitgliedschaft aufzuheben und sich von der Kirchensteuer loszusagen. Was soll eigentlich das dumme Geschwätz von der Bevorzugung der Kirche, wonach sich diese über die Kirchensteuer vom Staat bezahlen lässt? Haben die

strammen aggressiven Säkularisten unabhängig von historischen Gründen einmal darüber nachgedacht, welche Leistungen die Kirchensteuerzahler auch für jene, die keine Kirchensteuer zahlen, erbringen und die diese als selbstverständlich mitnutzen: Krankenhäuser, Kindergärten, Pflegeheime, Betreuung von sozial Benachteiligten und Rat und Tat in schwierigen Lebenssituationen etc. etc. Christlich motivierte Arbeit heißt, sich für alles einzusetzen, was die reale Freiheit bereichert und den Bedürftigen das Leben erleichtert. In Wahrheit geht es den Protagonisten des Zeitgeistes und Anhängern eines hemmungslosen Relativismus um die Eindämmung christlich motivierter Gestaltungsfreiheit. Alles schon mal da gewesen!

Natürlich kann mit gutem Recht konstatiert werden, dass es für unsere Gesellschaft nicht gut sein kann, wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet. Dieser Zustand bedarf ohne Zweifel einer Korrektur. Korrigiert werden muss aber auch die Begründung des Rufs von Rot-Grün nach höheren Steuern für immer breitere Bevölkerungsschichten. Rot-Grün unterliegt einer Wahrnehmungstörung. Deutschland hat nämlich, wie alle Welt sieht, kein Einnahmeproblem, sondern ganz offensichtlich ein massives Ausgabeproblem. Es fließt zu viel Geld in falsche Hände und überflüssige Projekte. Manche sind sogar ein Fass ohne Boden, denkt man nur an Airports ohne Flugzeuge oder Tiefseehäfen ohne Schiffe. Und unzählige Steuervergünstigungen und Abschreibungen werden toleriert, die besser heute als morgen aufgehoben werden sollten. Nicht minder gehören Subventionen auf den Prüfstand, deren Zweck für die Allgemeinheit höchst zweifelhaft erscheint. Und schließlich sollten unsere Finanzämter mit Mitteln ausgestattet werden, die sie in die Lage versetzen, Steuerehrlichkeit in höchstem Maße zu gewährleisten. Mit Steuererhöhungen werden die Probleme nicht beseitigt, sondern zementiert und gefördert, weil der Sparzwang fehlt. Unsere Bundeskanzlerin zeigt dabei Flagge, sie verdient die Unterstützung aller.

Kürzlich erfuhr auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg ein Spruch besondere Bedeutung. „So viel du brauchst“, hieß es dort auf unzähligen Plakaten und Abzeichen. „So viel du brauchst“, richtet sich an alle Menschen, sie richtet sich aber in gleicher Weise an den Staat. Zu Recht, meine ich!

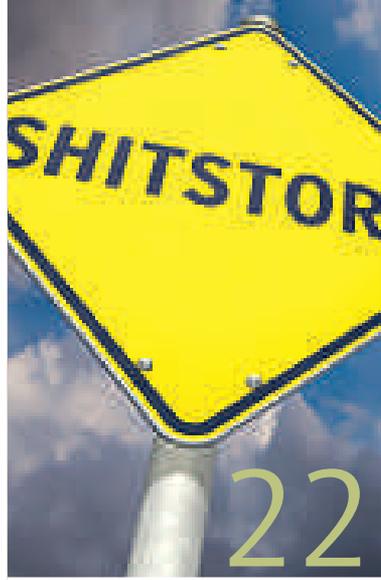
*Mit freundlichen Grüßen  
Otto Wulff*

**Prof. Dr. Otto Wulff**  
**Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands**



6

**Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Souverän-Interview zum Thema Steuern**



22

**Im Internet kann alles und jeder verteufelt werden. Ein Menetekel unserer Zeit?**



32

**Mehrere Krankheiten zu haben bedingt die Einnahme vieler Medikamente. Ein zunehmendes Problem ...**

## Impressum

Herausgeber  
Senioren-Union der  
CDU Deutschlands  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel. 030 / 220 70 - 4 45  
Fax 030 / 220 70 - 4 49  
E-Mail seniorenunion@cdu.de  
www.senioren-union.de

### Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG  
Postfach 30 · 52153 Monschau  
Geschäftsführer: Georg Weiss  
Verlagsleiter: Alexander Lenders  
Tel. 02472 - 9 82 118  
Fax 02472 - 9 82 77 114  
alenders@weiss-verlag.de

### Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten  
Wolfgang Braun  
Braun Medien GmbH  
Riedelstraße 14  
42349 Wuppertal  
Tel. 0202 - 3 17 86 93  
Fax 0202 - 3 17 86 95  
kbmedien.braun@t-online.de

### Auflage:

71000 Exemplare über personali-  
sierten Posteinzelvertrieb, davon  
58000 an Senioren-Union-Mitglie-  
der und 12800 an CDU-Funktions-  
und Mandatsträger

### Leserzuschriften an:

Senioren-Union der  
CDU Deutschlands  
Redaktion Souverän  
Konrad-Adenauer-Haus  
(Adresse s.o.)

### Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG  
Hans-Georg-Weiss-Straße 7  
52156 Monschau  
Layout: Anita Müller, Ute Meurer

### Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz  
Tel. 02056 - 5 73 77  
Fax 02056 - 6 07 72  
pressebuero\_oberholz@t-online.de

### Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Andreas Eis, Jan Christian  
Janßen, Leonhard Kuckart,  
Prof. Dr. Bernhard Pörksen,  
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff,  
Christiane Muth, Reiner Holznel,  
Erwin Rüddel, Christine von  
Leuckart, Marjan van den Akker

### Bildnachweis:

Bundesfinanzministerium/Ilja C.  
Hendel, BdSt, IfD Allensbach/  
Robert-Bosch-Stiftung, IPP Max-  
Planck-Institut für Plasmaphysik,  
Roland Rochlitzer, fotolia

Titelfoto: fotolia

### 6 „Wir brauchen keine Steuer- erhöhungen. Wir brauchen eine verlässliche Politik!“

Bundesfinanzminister Wolfgang  
Schäuble im Souverän-Interview

### 8 Senioren im Visier der Finanzverwaltung

Reiner Holznel, Präsident des Bundes  
der Steuerzahler, über die Umsetzung  
des Alterseinkünftegesetzes

### 10 Soziale Gerechtigkeit – ein Trugbild?

Ein in politischen Debatten oft benutz-  
ter Begriff auf dem Prüfstand ...

### 14 Plädoyer für eine sozial gerechte Rentenreform

Ein Diskussionsbeitrag von Leonhard  
Kuckart, stv. Bundes- und Landesvorsit-  
zender der Senioren-Union NRW

### 18 Legitimationskrise als Lerngelegenheit

Sind zunehmende Bürgerproteste Aus-  
druck eines allgemeinen Vertrauensver-  
lustes gegenüber politischen Eliten und  
Institutionen?

### 22 Die Zeit des permanenten Skandals

Ein Essay von Prof. Dr. Bernhard  
Pörksen über die Empörungskultur  
des digitalen Zeitalters

### 24 Notizen aus der Geschäftsstelle

von SU-Bundesgeschäftsführer Jan  
Christian Janßen

### 28 Fortschritt in kleinen Schritten

Ein Interview zum Stand der Kernfusion  
mit Prof. Dr. Friedrich Wagner vom  
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in  
Greifswald

### 30 Wie sauber geht Kohle?

Ein Beitrag von Dr. Reinhard Klopffleisch  
zur Bedeutung von Kohlekraftwerken

### 31 Ältere Menschen fühlen sich zehn Jahre jünger

Eine Umfrage der Robert-Bosch-Stiftung

### 32 „Wenn ich alle Pillen gegessen habe, bin ich satt!“

Multimedikation als schleichende  
Epidemie des 21. Jahrhunderts?

### 36 Regionalkonferenz der Europäischen Senioren-Union (ESU) in Barcelona

### 37 Gesundheitssystem vor der Neujustierung

Ein Beitrag von Erwin Rüddel MdB  
zu einer der zentralen Aufgaben der  
nächsten Legislaturperiode

### 12 Leserbrief

### 38 Buchtipps, Initiativen

Auf dem 34. Evangelischen Kirchentag Anfang Mail in  
Hamburg war auch die Senioren-Union mit einem Stand ver-  
treten. In den Messehallen der Elbmetropole diskutierten  
Mitglieder des Bundesvorstandes vier Tage lang intensiv mit  
jungen und älteren Besuchern. Die positive Grundstimmung  
auf dem Kirchentag und die spannenden Gespräche werden  
allen Standbetreuern unvergesslich bleiben.



# Gesund und fit – auch im Alter

## Weitere Themen:

- ▶ **Homöopathie:** Welche Beschwerden die kleinen Kugeln lindern können
- ▶ **Sportliche Reha:** Wie Golf, Klettern, Tennis & Co. die Therapie unterstützen
- ▶ **„Ich zieh’ ins Heim!“:** Ein Leser berichtet über Platz-Suche und Umzug
- ▶ **Das richtige Fahrrad:** Was Sie bei der Auswahl beachten sollten
- ▶ **Ananas:** Alle wichtigen Infos rund um die perfekte Sommer-Frucht

Jeden Monat neu  
in Ihrer Apotheke.



[www.senioren-ratgeber.de](http://www.senioren-ratgeber.de)

# „Wir brauchen keine Steuererhöhungen. Wir brauchen eine verlässliche Politik!“

Wird der nächste Urnengang für die Deutschen teuer? Im Fall eines Wahlsieges droht Rot-Grün unverhohlen mit kräftigen Steuererhöhungen, die direkt oder indirekt nahezu zu jeden treffen werden. Ein Souverän-Interview dazu mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

**Souverän: Rot-Grün will trotz Rekordsteuereinnahmen die Steuerschraube gewaltig andrehen. Bürgern und Unternehmen drohen u.a. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und/oder eine Vermögensabgabe, eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer sowie Erhöhungen bei der Erbschafts-, Grund- und Grunderwerbssteuer und ein Wegfall des Ehegattensplittings. Peer Steinbrück verteidigt die Pläne mit dem Argument, der Staat sei chronisch unterfinanziert. Wie ist die Sichtweise des Bundesfinanzministers in dieser Frage?**

Schäuble: Deutschland ist solide finanziert. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nach der Krise steigen die Steuereinnahmen. Wir konsolidieren den Haushalt und kommen dabei gut voran. Aber nicht, indem wir Steuern erhöhen, sondern indem wir die Ausgaben des Staates trotz steigender Einnahmen stabil halten und indem wir die Steuerforderungen auch gegenüber denen durchsetzen, die versuchen, sich darum zu drücken. Im nächsten Jahr wird der Bund zwar noch Geld aufnehmen müssen, aber wir haben

die Kreditaufnahme auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren gedrückt. Als Gesamtstaat – also Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung zusammengenommen – hatten wir im vergangenen Jahr sogar einen leichten Überschuss. Wir brauchen keine Steuererhöhungen. Wir brauchen eine verlässliche Politik, die für Vertrauen, stabile Haushalte und damit für Wirtschaftswachstum sorgt.

**Für Steuererhöhungen wird als Begründung oft die soziale Gerechtigkeit bemüht. Aber treffen Vermögenssteuer und erhöhte Spitzensteuersätze wirklich nur die Reichen?**

Jeder muss seinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben leisten. Bürger mit höheren Einkommen tragen schon heute weit überdurchschnittlich zu den Steuereinnahmen bei. Dies ist auch gerecht. Denn stärkere Schultern können mehr tragen. Die Pläne der Opposition, die Steuersätze anzuheben, muss man sich schon genau ansehen: Menschen mit einem Einkommen von 60.000 oder 64.000 Euro pro Jahr gehören nicht zu den Großverdienern. Und bei der Vermögenssteuer weiß die Opposition selbst noch nicht, wie diese Steuer aussehen soll. Das ist ja auch innerhalb der Grünen durchaus umstritten. Auch wenn Ministerpräsident Kretschmann jetzt den Parteitagbeschlüssen der Grünen doch zähneknirschend zugestimmt hat, darf man nicht vergessen, dass er zuvor zu Recht gewarnt hat, dass die grünen Vermögenssteuerpläne gerade die mittelständische Wirtschaft in Deutschland belasten werden.

**Was bedeutet der Dreh an der Steuerschraube für die Wirtschaft, die Unternehmen? Wirtschaftsverbände wie die Familienunternehmer befürchten, dass Deutschland mit dem Steuererhö-**



**hungsprogramm von Rot-Grün bald wieder zum „kranken Mann Europas“ werden wird. Ist nicht gerade für inhabergeführte mittelständische Unternehmen – das Rückgrat unserer Wirtschaft – die Steuerbelastung ohnehin sehr hoch? Und ist für solche Betriebe eine Besteuerung der Substanz wie bei der Vermögenssteuer nicht geradezu bedrohlich?**

Wir wollen jeden nach seiner Leistungsfähigkeit besteuern. Unternehmen, die erfreulicherweise hohe Gewinne einfahren, sollen davon auch einen angemessenen Teil abgeben. Aber eine Besteuerung der Substanz ist absolut schädlich. In anderen Ländern können wir beobachten, dass schon die Debatte über Steuererhöhungen die Wirtschaft schädigen kann. Die Pläne von SPD und Grünen für eine Vermögenssteuer gefährden Unternehmen. In wirtschaftlich schlechten Zeiten kann ein Unternehmen diese Steuer nur aus der Substanz bezahlen. Dann muss das Unternehmen neue Schulden machen oder Vermögen verkaufen. Oder es geht ins Ausland. Wir wollen aber, dass Unternehmen investieren und Arbeitsplätze schaffen.

**In der steuerpolitischen Diskussion wird Deutschland immer wieder nur ins Mittelfeld der steuerlichen Belastung eingereiht, weil dies an der Einkommensteuer bemessen wird. Müsste eine ehrliche Diskussion nicht die gesamte Abgabenbelastung im Auge haben?**

Für ein Gesamtbild muss man natürlich

Steuern und Abgaben in den Blick nehmen. Wir haben den Beitragssatz zur Rentenversicherung gesenkt und damit die Bürger von Abgaben entlastet. Insgesamt haben wir in Deutschland einen guten Ausgleich geschaffen: Wir sind kein Hochsteuerland. Aber wir können es uns auch nicht leisten, beim Wettbewerb um den niedrigsten Steuersatz weltweit dabei zu sein. Im OECD-Vergleich sind wir im mittleren Segment. Gerade wenn man sich die Leistungen des Staats, die Qualität der Infrastruktur und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft betrachtet, ist das in Ordnung.

### **Auch das Ehegattensplitting ist in der politischen Diskussion. Macht ein Umbau zum Familiensplitting Sinn?**

Die Ehe ist nicht nur eine Lebensgemeinschaft, sondern auch eine wirtschaftliche Gemeinschaft. Das spiegelt das Ehegattensplitting wider. Aber wir werden darüber sprechen, wie künftig Kinder steuerlich zu berücksichtigen sind. Die Opposition macht es sich da im Moment sehr einfach. Wir müssen über diese Frage sehr gründlich nachdenken. Es geht um Verlässlichkeit. Die Partner in einer Ehe haben Lebensentscheidungen getroffen, die über den Tag hinaus Geltung haben. Das kann der Staat nicht von einem Tag auf den anderen anders beurteilen.

### **Die schwarz-gelbe Koalition will zu Recht die Staatsfinanzen konsolidieren. Dafür sollen Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Was gibt es da aus Sicht des Bundesfinanzministeriums überhaupt noch zu schließen?**

Es gibt einige internationale Unternehmen, die die Unterschiede im Steuerrecht zwischen verschiedenen Staaten für sich ausnutzen. Früher ging es darum zu verhindern, dass niemand doppelt besteuert wird. Heute müssen wir darum ringen, dass internationale Konzerne überhaupt irgendwo besteuert werden. Dem ist nur durch internationale Kooperation beizukommen. Inzwischen ist das Thema regelmäßig auf den Tagesordnungen der G20. Wir werden im Sommer konkrete Vorschläge dazu international abstimmen. Das ist ein mühsamer und langer Weg, aber er lohnt sich. Nicht nur finanziell für den Fiskus, sondern vor allem, weil die kleinen Unternehmen diese Möglichkeiten über die Grenzen hinweg nicht haben. Wir wollen aber, dass alle, auch die Großen, ihren

angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten. Und dass alle die gleichen Chancen und Herausforderungen haben.

### **Viele Bürger stellen sich nicht nur die Frage, was ihnen nach dem Zugriff des Fiskus künftig noch im Portemonnaie bleibt, sondern auch, wie sicher die finanziellen Rücklagen der Deutschen sind. Die im Zuge der Zypern-Rettung diskutierte 100.000-Euro-Grenze, ab der Guthaben zur Sanierung von Banken herangezogen werden können, hat für tiefste Verunsicherung gesorgt. Wie ist das hier verloren gegangene Vertrauen wiederzugewinnen?**

Zypern war ein Spezialfall, der mit keinem anderen Land in der Europäischen Union vergleichbar ist. Und auch dort gilt die 100.000-Euro-Regel nach dem jetzt vereinbarten Programm für Zypern uneingeschränkt, so, wie das der IWF und Deutschland von vornherein wollten. Die europäische Sicherung für Bankeinlagen bis 100.000 Euro gilt in allen Ländern der EU. Wir haben in Deutschland zusätzlich die Einlagensicherung der Banken, die die Sparguthaben der Bürgerinnen und Bürger bestens absichert. Die privaten Banken, die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sichern ihre Kunden sehr umfangreich ab, über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus. ■

## Hintergrund

# Solide Einnahmesituation

Bund, Länder und Gemeinden können auch in den nächsten Jahren mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen. Nach der aktuellen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen von Anfang Mai 2013 werden die Steuereinnahmen von 600 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf rund 705 Mrd. Euro im Jahr 2017 steigen.

Der Staat verfügt so nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble über eine solide Einnahmehasis, obwohl die Steuerschätzer ihre letzte Prognose vom Oktober 2012 insgesamt leicht nach unten korrigierten. In dem Ergebnis spiegelt sich die gute Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem historischen Höchststand an Beschäftigungsverhältnissen und steigenden Löhnen wider. Damit ist sichergestellt, dass der Bund im Jahr 2014 erstmals seit Jahrzehnten einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird. Die Ergebnisse der Steuerschätzung fließen nun in den Haushaltsentwurf 2014 bzw. in die neue Finanzplanung des Bundes ein. Das Bundeskabinett wird beides voraus-

sichtlich am 26. Juni 2013 beschließen. Der stabile Zuwachs der Steuereinnahmen in Verbindung mit einer Politik des moderaten Ausgabenwachstums stellt auch für die nächsten Jahre sicher, dass Deutschland die nationalen und europäischen Defizitregeln mit gutem Sicherheitsabstand einhalten wird. Der Bundesverband der Jungen Unternehmer beispielsweise kommentierte die Steuerschätzung so: „Angesichts der Prognose wird deutlich: Der Staat hat genügend Geld. Und: Die Steuererhöhungsorgie von SPD und Grüne ist völlig überzogen. Da hilft auch die Argumentation nicht, dass die Opposition das Plus zum Konsolidieren der Staatskassen einsetzen will. Die Wahrheit ist doch: Je mehr Geld der Staat bekommt, desto mehr Geld gibt er aus. Steuererhöhungspläne gefährden das Wirtschaftswachstum, was langfristig dazu führt, dass die Gesamtsteuereinnahmen eher schrumpfen als ansteigen. Das ist kontraproduktiv. Statt die Steuern zu erhöhen, sollten die Politiker eher darüber nachdenken, welche Ausgaben sie senken können.“

# Senioren **im Visier** der Finanzverwaltung

Seit dem Jahr 2005 stehen Rentner und Pensionäre unter erhöhter Beobachtung der Finanzämter. Schuld ist das Alterseinkünftegesetz. Zunehmend sind danach auch Senioren verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben. Viele Senioren haben daher jetzt überraschend Post vom Finanzamt bekommen und sich über den teils rauen Umgangston der Finanzverwaltung geärgert.

Mit dem Abschied aus dem Erwerbsleben erhoffen sich viele Ruheständler mehr Freiheiten: kein frühes Aufstehen; keinen Stau im Berufsverkehr; keine Überstunden. Doch bei aller Freude über die neugewonnene Freizeit: Von allen Pflichten kann sich auch der Rentner nicht befreien. Dafür sorgt schon der Fiskus. Seit dem Jahr 2005 wurde nämlich die Besteuerung von Ren-

ten grundlegend geändert. Damit rutschen zunehmend auch Senioren in die Steuerpflicht. Selbst Ruheständler, die bereits vor dem Jahr 2005 in Rente gegangen sind, bleiben von der Neuregelung nicht verschont.

Ursache für die geänderte steuerliche Behandlung von Renten ist das Alterseinkünftegesetz. Danach unterliegt ein höherer Anteil der Rente der Besteuerung. Allerdings müssen erst Steuerzahler, die im Jahr 2040 oder später in Rente gehen, ihre Alterseinkünfte zu 100 Prozent versteuern. Bis dahin gibt es eine Übergangsregelung. Je nach dem Jahr des Rentenbeginns ist ein unterschiedlich hoher Anteil der gesetzlichen Rente steuerfrei. Wegen der geänderten gesetzlichen Regelungen müssen dennoch immer mehr Ruheständler eine Steuererklärung abgeben. Hinzu kommt, dass die regelmäßigen Rentenerhöhungen voll der Steuer unterliegen. Alles zusammen kann dann schnell die Pflicht zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung auslösen.

Die Abrechnung beim Finanzamt bleibt den Steuerzahlern nur erspart, wenn sie mit ihren Einkünften unter dem Grundfreibetrag bleiben. Gegenwärtig liegt der Grundfreibetrag bei 8.130 Euro im Jahr, bei Ehegatten verdoppelt sich der Betrag auf 16.260 Euro. Ist ein lediger Arbeitnehmer beispielsweise im Jahr 2010 in Rente gegangen, muss er 60 Prozent seiner Rente versteuern. Hat er keine weiteren Einkünfte, so dürfte dieser Beispielrentner rund 16.280 Euro im Jahr vereinnahmen, ohne dass er eine Steuererklärung abgeben muss. Bei Ehepaaren verdoppelt sich der Betrag. Lag der Rentenbeginn erst im Jahr 2012, so fließen bereits 64 Prozent der Rente in die Berechnung ein. Im Schnitt können diese Senioren dann nur noch eine Bruttorente von etwa 15.060 Euro im Jahr steuerfrei vereinnahmen. Je nach Einzelfall muss hier natürlich genau nachgerechnet werden. Wird die Marke des Grundfreibetrages geknackt, muss man wohl oder übel eine Steuererklärung abgeben.

Wer es bislang versäumt hat, eine Einkommensteuererklärung abzugeben, obwohl

er dies hätte tun müssen, gerät leicht ins Visier der Finanzverwaltung. Seit dem vergangenen Jahr fahnden die Finanzämter gezielt nach Senioren, die – aus Unwissenheit oder Absicht – keine Steuererklärung abgegeben haben und damit keine oder zu geringe Steuern gezahlt haben. Allein in Nordrhein-Westfalen sind 100 000 Senioren von den Finanzämtern angeschrieben und zur Abgabe der Einkommensteuererklärung aufgefordert worden. In Berlin haben rund 30 000 Senioren Post erhalten, und selbst in den neuen Bundesländern, wie zum Beispiel in Brandenburg, haben die Finanzbeamten noch 10 000 Senioren ausfindig gemacht, die womöglich zu wenig Steuern gezahlt haben. Das Erschrecken vieler Rentner und Pensionäre über die Post vom Finanzamt ist groß, droht doch die Finanzverwaltung oft zugleich mit der Einleitung eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung. Viele Senioren fühlen sich damit auf eine Stufe mit windigen Wirtschaftsbossen und/oder umtriebigen Großkonzernen gestellt, die gezielt Gewinne verstecken, um Steuerzahlungen zu vermeiden. Bei vielen Senioren macht sich daher Empörung über das rigide Handeln der Finanzverwaltung breit, denn sie fühlen sich schlecht informiert. Häufig hört man von Senioren, dass sie gar nichts von ihrer neuen Steuerpflicht gewusst hätten. Insbesondere Steuerzahler, die bereits vor dem Jahr 2005 – also vor dem Inkrafttreten des Alterseinkünftegesetzes – in den Ruhestand gegangen waren, haben sich auf die bisherigen Aussagen des Finanzamtes verlassen. Viele galten bereits als „ausgesteuert“. Das heißt, ihre Steuerakten waren beim Finanzamt längst gelöscht. Häufig wurde sogar ein Hinweis in den letzten Steuerbescheid aufgenommen, dass keine Erklärun-



Der Autor: **Reiner Holznagel**, Jahrgang 1976, schloss ein Studium der Politischen Wissenschaften, des Öffentlichen Rechts und der Psychologie in Kiel mit dem Magister Artium ab. Von 2003 bis 2005 war Reiner Holznagel Geschäfts-

führer des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2005 ist er Bundesgeschäftsführer, seit 2010 Vizepräsident und seit Juli 2012 Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland. [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)



gen mehr einzureichen seien. Dementsprechend haben die betroffenen Senioren weder eine Steuererklärung abgegeben noch Belege über steuermindernde Ausgaben gesammelt. Sie stehen nun vor der Aufgabe, die Steuerklärungen für mehrere Jahre nachzureichen, und zwar in kürzester Zeit. In ebenso rasantem Tempo verlangen die Finanzämter dann die Zahlung der ausstehenden Steuern. Für mehrere Jahre kann sich dabei ein hübscher Betrag aufsummiert haben. Einige Senioren sind gar nicht in der Lage, den Geldbetrag direkt zu begleichen, weil ihre Ersparnisse dafür nicht ausreichen. Zum Teil erlauben die Finanzämter eine Ratenzahlung, doch nicht in jedem Bundesland wird mit so viel Augenmaß vorgegangen, sondern die Zahlung komplett verlangt. Oft helfen dann die Kinder oder Familienangehörige mit Geld aus. Keine glückliche Situation für die Senioren, die dann wie Bittsteller dastehen.

Neben der Steuernachzahlung werden oft auch Zinsen nachverlangt. Immerhin sechs Prozent per anno. Diese Zinszahlung schmerzt viele Senioren nicht nur finanziell zusätzlich, Unverständnis regt sich vor allem, weil viele die Steuererklärung unbewusst zu spät abgaben. Wären die Ruheständler besser informiert worden, hätten die Senioren die Steuererklärung rechtzeitig abgegeben. Dann wäre es zwar auch zur Zahlung der Steuern gekommen, aber eben nur peu à peu, Jahr für Jahr und ohne Zinsen. Daher regt sich bei den Senioren Widerstand, wenn es um die Bezahlung der Nachzahlungszinsen geht. Doch die Finanzbeamten pochen auf den Wortlaut des Gesetzes. Danach sei es eben unerheblich, ob die verspätete Zahlung verschuldet oder unverschuldet erfolgte. Hier müssen nun die Gerichte klären, ob bei den Senioren ein Erlass der Zinsen aus Billigkeitsgründen in Betracht kommt.

Ein Rentnerhepaar aus Nordrhein-Westfalen klagt deswegen vor dem Finanzgericht Düsseldorf. Sein Fall ist schnell erzählt. Beide gingen vor dem Jahr 2005 in den Ruhestand. Der Steuerbescheid aus dem Jahr 1998 enthielt den Hinweis, dass das Ehe-

paar von der Abgabe der Steuererklärung befreit sei. Der Kläger begab sich dann im Jahr 2007 noch einmal zum Finanzamt. Hier wurde ihm mündlich bestätigt, dass er keine Einkommensteuererklärung abzugeben brauchte. Dies überlegte sich das Finanzamt im Jahr 2012 dann offensichtlich anders und forderte die Einkommensteuererklärung für die Jahre 2005 bis 2010 nach und setzte Steuern nebst Zinsen fest. Der Kläger beantragte den Erlass der Zinsen, weil er sich auf die frühere Auskunft des Finanzamtes verlassen und deshalb die Steuerklärungen nicht rechtzeitig eingereicht hatte. Die Zinsen seien daher unrechtmäßig. Gleichwohl wurde der Erlassantrag vom Finanzamt abgelehnt. Nun trifft man sich vor Gericht, um die Rechtsfrage zu erörtern. Unterstützt wird das Verfahren vom Bund der Steuerzahler und seinen spezialisierten Anwälten (FG Düsseldorf – 12 K 2776/12 AO).

Viele Senioren fragen sich, warum die Finanzverwaltung nicht viel früher reagiert und die Ruheständler über die Abgabe der Einkommensteuererklärung informiert. Die ersten Briefe wurden erst im Jahr 2012 an die Senioren verschickt. Zum Teil sind die Aufforderungen auch erst zum Jahresbeginn 2013 an die Senioren versandt worden, also sieben/acht Jahre nach der gesetzlichen Änderung. Schuld sind wohl technische Probleme bei der Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen. Mit der Neuregelung zur Besteuerung der Alterseinkünfte wurde nämlich zugleich das Rentenbezugsmitteilungsverfahren eingeführt. Seitdem sind Versicherte verpflichtet, den Finanzbehörden bestimmte Informationen über alle seit dem Jahr 2005 ausgezahlten Renten zur Verfügung zu stellen. Damit kennen die Finanzämter die Rentenbezüge von Senioren, nicht nur aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch von privaten Versicherungen oder Versorgungswerken. So können die Finanzämter abschätzen, ob eine Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung besteht. Die technische Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen funktionierte aber nicht wie geplant, sodass die Finanzverwaltung erst mit einiger Verzögerung in der Lage war, den Abgleich durchzuführen. Eben erst im Jahr 2012/2013 und damit reichlich spät.

Auch auf einer anderen Baustelle ist noch längst nicht alles in trockenen Tüchern. Noch nicht abschließend entschieden ist über die Frage, ob die neue Besteuerung

Die geänderte steuerliche Behandlung der Renten sowie das Vorgehen der Finanzverwaltung haben bei vielen Senioren für Verärgerung und Verunsicherung gesorgt. Der Bund der Steuerzahler unterstützt daher mehrere Klageverfahren vor verschiedenen Finanzgerichten, um die steuerliche Behandlung von Renten abklären zu lassen. Zudem stellt der Bund der Steuerzahler auf seiner Internetseite aktuelle Informationen zum Thema „Post vom Finanzamt“ zur Verfügung: [http://www.steuerzahler.de/wcsite.php?wc\\_c=52309](http://www.steuerzahler.de/wcsite.php?wc_c=52309).

Broschüren zum Anfertigen der Steuerklärungen halten die Landesverbände des Bundes der Steuerzahler bereit.

der Alterseinkünfte zu einer unzulässigen steuerlichen Doppelbelastung führt. Selbstständige, Freiberufler, Handwerker aber auch Angestellte, die in den Jahren vor 2005 aus ihrem bereits versteuerten Einkommen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung oder in ein Versorgungswerk eingezahlt haben, müssen nun auf den ausgezahlten Rentenbetrag womöglich wieder Steuern zahlen. Zwar konnten sie die geleisteten Beiträge in der Einzahlungsphase steuerlich abziehen, aber eben nur zum Teil, während die Rente in der Auszahlungsphase zu einem größeren Teil der Steuer unterliegt. Das Bundesverfassungsgericht hatte jedoch in seinem Rentenurteil aus dem Jahr 2002 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Besteuerung von Vorsorgeaufwendungen zur Alterssicherung und die Besteuerung der späteren Altersbezüge so aufeinander abgestimmt werden müssen, dass eine doppelte Besteuerung vermieden wird (BVerfG – 2 BvL 17/99). Ob der Gesetzgeber mit dem Alterseinkünftegesetz diese Vorgaben eingehalten hat, muss das Bundesverfassungsgericht nun erneut prüfen. Dort ist eine Verfassungsbeschwerde anhängig (2 BvR 1066/10). Auch der Bund der Steuerzahler unterstützt mehrere Musterklagen zur Rentenbesteuerung, die bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt sind. Es bleibt also für die Senioren bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts spannend. Bis dahin gilt: Auch wer sich im Ruhestand befindet, der hat noch längst keine Ruhe vor dem Fiskus. ■

# Soziale Gerechtigkeit – ein Trugbild?

„Das Wir entscheidet.“ Marketingstrategisch betrachtet, bringt der Slogan idealerweise die USP (unique selling proposition) prägnant und einprägsam auf den Punkt. Die USP ist nichts anderes als das Alleinstellungsmerkmal, das ein Produkt heraushebt und zum Kauf empfiehlt. Was ist die USP im linken Parteispektrum? Aus Sicht der Parteiführungen gibt es hierauf eine klare Antwort: „Soziale Gerechtigkeit“. Doch was ist eigentlich sozial gerecht?

Das dazu passende Wahlprogramm der SPD beispielsweise wurde zunächst unter dem Titel „Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land“ vorgestellt. Dann kam „Das Wir entscheidet“. Verbessert hat dies die Sache nicht. Den für die Kampagne der Partei Verantwortlichen ist aber zu attestieren, dass dieser Slogan und die USP hervorragend zueinander passen. Das eine ist so wenig greifbar wie das andere, und beide werfen sie sehr ähnliche und mehr Fragen auf, als sie beantworten. Wer entscheidet wie was auf welcher Basis? Was ist wir und welches was? Wer ist wir, und wenn wie viele? Wer ist nicht Teil des wir? Ich?



Die Autorin:  
**Christine von Leuckart**, Juristin und Journalistin, arbeitet als Referentin bei der liberalen Ideenwerkstatt Wert der Freiheit GmbH.

Diese Liste der Fragen ließe sich beliebig verlängern. Das sich daraus ergebende Problem bleibt stets das gleiche. Im Kern geht es dabei um den Tatbestand des Pluralismus, der offensichtlich in Deutschland immer noch und keineswegs ausschließlich beim Personal der politischen Linken nur widerwillig zur Kenntnis genommen wird.

**Unterschiedliche Interessen** werden nicht in ihrer Unterschiedlichkeit als Bedingung für gesellschaftliche Entwicklung verstanden.

**Unterschiedliche Begabungen** und Anlagen sowie Glück oder Unglück und davon beeinflusste Lagen und Ergebnisse werden nicht als Kategorie eigener Art behandelt. Es wird versucht, auch sie einem allgemeinen Maßstab zu unterwerfen. Entsprechend verschwimmen die Unterschiede zwischen den jeweils relativen Bewertungskriterien Richtig und Falsch, Gut und Schlecht und Gerecht und Ungerecht. Die Folge ist, dass ausschließlich Ergebnisse betrachtet werden, die ausgeglichen, also in einen Zustand eines vorgestellten Gleichgewichts verbracht werden sollen.

**Unterschiedliche Ansichten** werden vordergründig hingenommen, aber als ein zu überwindendes Interimsphänomen betrachtet, das man durch Erziehung oder Entwicklung hinter sich lassen könne. Wer auf Unauflöslichkeit von Wertkonflikten besteht, auf die daraus folgende Unverfügbarkeit des Menschen verweist und diese als Inbegriff der Freiheit gegen kollektivistische Zumutungen und Ansprüche ins Feld führt, wird als egoistisch oder asozial etikettiert und gilt bestenfalls als eben unverbesserlicher Individualist. Pluralismus wird nicht als normatives Kriterium verstanden, aus dem sich ex negativo eine Präferenz für Art, Inhalte und, nachgeordnet, auch die Zahl kollektiv verbindlicher Regeln ableitet, sondern er wird lediglich als lebensweltliches Faktum zur Kenntnis genommen. Als bedauerliche Uneinigkeit, die, sofern man sich nur bemüht und das Wir-Gefühl beschwört, auch wieder aus der Welt zu schaffen sei.

Die verwendeten Begriffe unterliegen

dabei gewissen zeitlichen Moden. Auf das erkennbare gemeine Beste folgt das Gemeinwohl oder das öffentliche Interesse. Die Rhetorik variiert, je nachdem, von welcher Stelle des politischen Spektrums aus gesprochen wird. Die konservative Sicht betont, wenig überraschend, den Wert von Bewährtem. Eine politische Linke kleidet sich stattdessen traditionell und insofern dezidiert konservativ mit progressiver Attitüde. Dann ist eben immer wieder die Rede von „besser, gerechter“ oder dem „neuen Gleichgewicht“. Musterfall, aber lange nicht mehr nur Spezifikum linker Rhetorik, ist die Vorliebe für den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“.

Diesen semantischen Spielarten ist der Versuch gemein, Politik zu entpolitisieren. Die Bezugnahme auf eine Metaebene soll von der politischen Rechtfertigung konkreter Maßnahmen entlasten. Die Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen und Wünschbarkeiten soll außer Streit gestellt werden. Getreu dem Motto: Was gerecht ist, ist gerechtfertigt. Eine politische Argumentation, die einer solchen Logik folgt, ignoriert mehrere tausend Jahre an Ideengeschichte und alle Überlegungen zu Funktion und Entwicklung des Rechtsstaates. Wenn bereits feststünde, was richtig, gut und gerecht ist, bräuchte es keine Trennung zwischen Wissenschaft, Politik und Recht, sondern nur Erkenntnis.

Wir wären dann wieder in der griechischen Antike bei Plato angelangt, einem der ersten und konsequentesten Verfechter einer verteilenden Gerechtigkeit. Die Folgen solcher distributiven und zuteilenden Ordnungsvorstellungen lassen sich an seinen Überlegungen hervorragend studieren. „Jedem das Seine“ heißt dann das, was ihm aufgrund seiner ex ante feststehenden sozialen Position zukommt. Das statusbezogene Denken führt zu statischen Verhältnissen. Es gibt kein Wachstum und keinen Fortschritt. Sozialer Aufstieg ist genauso ausgeschlossen wie jede Form gesellschaftlichen Wandels.

Diese Statik ist beabsichtigt: Nur wenn jedes Glied die ihm zugewiesene, oblie-



gende Aufgabe erfüllt, kann der soziale Körper funktionieren. Und lediglich darauf kommt es an. Letztlich haben wir es also auch hier mit nichts anderem als einer Beschwörung des Wir-Gefühls zu tun.

Der strikt autoritative und freiheitsnegierende Zug, die hierarchische Organisation, die entsprechende Systeme schon deshalb voraussetzt, weil es jemanden geben muss, der ver- und zuteilt, wird in der Regel unterschlagen, wenn das vermeintlich schöne Bild des wir-bestimmten harmonischen Gleichgewichts gezeichnet wird. Friedrich August von Hayek hat auf diese Tatsache immer wieder hingewiesen und gleichzeitig vor dem Kategorienfehler gewarnt, ein Verteilungssystem auf eine Ordnung – die spontane Ordnung marktlicher Koordination – anzuwenden, zu der es nicht passt und deren Funktionsfähigkeit dadurch in Frage gestellt wird. Der gebürtige Österreicher und Wirtschaftsnobelpreisträger hat eine umfassende Kritik des Begriffs der „sozialen Gerechtigkeit“ erarbeitet. Das Ergebnis formulierte er 1977 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung selbst wie folgt: „Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffes ‚soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“

Kommen wir also von den Irrungen und Wir(r)ungen zu Lug und Trug. Der redaktionell vorgegebene Titel dieses Beitrags

verweist direkt – freilich ohne das die Aussagekraft relativierende Fragezeichen – auf Friedrich Hayek. „Das Trugbild sozialer Gerechtigkeit“ heißt der zweite Teil der einbändigen Neuausgabe von „Recht, Gesetz und Freiheit“.

Der englische Originaltitel liest sich eleganter und macht deutlich, worum es Hayek geht: Mit „Law, Legislation and Liberty“ (Gesetz, Gesetzgebung und Freiheit) untersucht er drei Ls auf ihre Bedeutung für den Liberalismus und ihre Beziehung zueinander. Erst das Abstimmen der Begriffe führt zu einem Dreiklang. Dieser Akkord, die Suche nach dem stimmigen Verhältnis der genannten Begriffe zueinander, dirigiert sein Denken. Damit ist im Übrigen gleichzeitig das Anliegen des Neoliberalismus beschrieben, dessen Vertreter, konträr zu der verbreiteten, völlig sinnentstellten – sei es aus Unwissenheit oder ideologischem Reflex – Verwendung des Begriffs, gerade kein „Laisser-faire“ propagieren, sondern für eine marktwirtschaftliche Ordnung eintreten, in der das Handeln der Beteiligten durch einen rechtlichen Rahmen allgemeiner Regeln koordiniert wird.

Analog hierzu lässt sich der Vorwurf des Kategorienfehlers erweitern. Durch im Namen einer „sozialen Gerechtigkeit“ vorgenommene lenkende Eingriffe besteht nicht nur die Gefahr, das feine, dezentral durch die Signalwirkung der Marktpreise koordinierte Beziehungsgeflecht zu zerstören. Gleichzeitig wird dadurch der Charakter der Regeln verändert und so der Begriff der Gerechtigkeit

zersetzt. Gesetze als Steuerungsinstrumente, mit denen planvoll bestimmte politische Wünsche in eine gesellschaftliche Realität übersetzt werden sollen, haben mit den allgemeinen Regeln menschlichen Verhaltens nichts gemein außer der dahinterstehenden hoheitlichen Zwangsgewalt. Die Tatsache, dass die beabsichtigte Steuerungswirkung in aller Regel nicht eintritt, dass entsprechend in immer kürzeren Abständen nachjustiert wird und so neue unerwünschte Effekte provoziert werden, bestätigt das Argument in funktionaler Hinsicht. Die normativen Bedenken bestehen ohnedies.

Gerechtigkeit übt nach liberaler Auffassung, wer sich fair verhält, wer die Spielregeln beachtet. Dieses Verständnis von Gerechtigkeit basiert auf der latinisierten aristotelischen Formel der *justitia commutativa*, der Tausch-Gerechtigkeit. Zwei Kennzeichen sind hier entscheidend: Es geht ausschließlich um die Qualität menschlichen Handelns, und die Gerechtigkeit bezieht sich immer auf den Umgang mit anderen. Durch den Bezug auf andere ergibt sich ein Gegenseitigkeitsverhältnis. Die Handelnden begegnen sich als Gleiche, und aus der Beziehung ergeben sich Ansprüche und Pflichten, wie etwa Vertragstreue oder das Recht auf Schadenersatz. Gerechtigkeit ist in diesem Sinn das Geschuldete. Dass etwas geschuldet ist, gilt für alle Handelnden gleichermaßen, und was geschuldet ist, ist für alle gleich.

Die Unterschiede zwischen einer distributiven und einer kommutativen Auffas-

### Leihstimmen/ Wahl in Niedersachsen

**Zur Souverän 1-2013, S. 3,**

#### Editorial des Bundesvorsitzenden

Schon seit Jahren befindet sich unsere Partei in Richtung Sozialdemokratie. Gerade langjährige Mitglieder sind nicht mehr bereit, diesen Zustand zu tolerieren. Von Zustimmung will ich nicht einmal reden. Die Folge davon ist, dass sie bei Wahlen durch Abstinenz glänzen oder mangels Alternative die einzige Partei ohne Linkstrend, nämlich die FDP, wählen. Es sind nicht, wie überall kolportiert wird, Leihstimmen der CDU, sondern ganz bewusst Stimmen für eine Partei, die für viele Wähler mit ihrer Grundüberzeugung noch übereinstimmt. Solange die CDU nicht Flagge für ihre alten Werte zeigt, wird sie Mitglieder verlieren und auch Wahlen nicht mehr gewinnen. Das im Handelsblatt vom 13. März 2013 von Beppo Grillo veröffentlichte Interview würde ich Ihnen zur Lektüre empfehlen. Vielleicht haben wir in nicht allzu langer Zeit politische Zustände wie in Italien. Ansätze sind in Deutschland bereits vorhanden. Selbstzweifel über den Zustand unserer Partei sind angebracht und bei der Vielzahl von Austritten eine Warnung, die zu übersehen mit einem weiteren Rückgang von Wählerstimmen einhergeht. Es genügt nicht, sich nur mit der SPD zu vergleichen, wenn die Partei der Nichtwähler immer weiter zunimmt. Dies zu ignorieren und immer nur die Thesen der Sozialdemokraten aufzugreifen ist keine nach vorne gewandte Politik, sondern nur noch das Verwalten der jeweiligen Lage. Vielleicht hat Grillo gar nicht so unrecht mit seiner Aussage: Demokratie wird ersetzt durch Bürokratie!! Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass ich mit meiner Meinung nicht allein stehe.

**Werner Weber, per E-Mail**

### Demographischer Wandel

**Zur Souverän 1-2013, S. 12 ff.**

Der Artikel ist zwar informativ, jedoch fehlt ein entscheidender Fakt. Mit keinem Wort wird auf die Tatsache hingewiesen, dass wir allein durch die Abtreibungen dieses demographische Chaos selbst erzeugt haben. Lebten die vielen Millionen getöteter Kinder, die inzwischen auch wieder Kinder hätten, gäbe es keine tickende Zeitbombe. Machen wir dem mörderischen Treiben ein Ende und finanzieren es nicht auch noch über die Sozialkassen!

**Wolfgang Dreher,  
78727 Oberndorf a.N.**

sung von Gerechtigkeit sind offensichtlich: Eine verteilende oder zuteilende Gerechtigkeit setzt voraus, Menschen gerade nicht als Gleiche zu behandeln. In der Ungleichbehandlung besteht die Absicht. Eine verteilende Gerechtigkeit hat es zudem immer mit der Beurteilung und Qualifizierung von Ergebnissen und Zuständen zu tun und nicht mit den Regeln gerechten Verhaltens.

Gerechtigkeit „nur“ formal zu fassen – sie also im Sinne einer Beschränkung auf das Geschuldete als durchsetzbare Pflicht, die Spielregeln einzuhalten, zu begreifen – ist die normativ zwingende Konsequenz.

Das Hantieren mit dem Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ konterkariert dieses normative Prinzip. Wer spezifische politische Forderungen oder Zwecke als „soziale Gerechtigkeit“ ausgibt, zehrt von dem Nimbus der Gerechtigkeit als dem Geschuldeten. Das für die Koordination menschlichen Handelns und ein gedeihliches Zusammenleben zwingend notwendige Prinzip der Gerechtigkeit wird überlagert und entwertet. Hayek hat hierfür ein schönes Bild geprägt. Das Wörtchen „sozi-

al“ ist in seinen Augen ein Wieselwort. Gleich einem Wiesel, das ein Ei aussaugen kann, ohne dass dies von außen bemerkbar ist, entleert das Wörtchen „sozial“ Begriffe, mit denen es verbunden wird.

Das Insistieren auf spezifischen Inhalten, das Beharren auf Begriffsbedeutungen, ist insofern keine Haarspalterei. Mit Friedrich Dürrenmatt gilt: Arbeit an der Sprache ist Arbeit am Gedanken. Zum einen ist dies als Aufforderung zu verstehen, die Gedanken zu präzisieren und nach dem passenden Ausdruck zu suchen. Zum anderen steckt darin die Einsicht, dass die Sprache selbst arbeitet. Begriffe, ihr Gebrauch und ihr Missbrauch bleiben nicht folgenlos. Offenkundig wird dies, wenn man auf die regelmäßigen Umfragen zum Thema Gerechtigkeit schaut. In einer Untersuchung vom Allensbacher Institut aus diesem Jahr geben 73 Prozent der Befragten an, verantwortlich dafür, dass es gerecht zugeht in unserem Land, sei die Politik. Darauf, dass es die Bürger sind, die für Gerechtigkeit sorgen, indem sie gerecht handeln, kommen nur noch 28 Prozent. ■



„Eine Offensive für das Lebensrecht ist überfällig. Unser Land muß wieder kinder- und familienfreundlich werden, sonst wird es keine lebenswerte Zukunft geben.“

(Johanna Gräfin von Westphalen,  
CDL- Ehrenvorsitzende)

Wir fordern u.a.:

- Umfassende Aufklärung über das Leben vor der Geburt, die Grausamkeit der Abtreibung und ihre Folgen für die Frauen
- Besseren Schutz und mehr Unterstützung für Mutter und Kind
- Intensivere Hilfen für Familien und Alleinerziehende
- Menschliche, medizinische und seelsorgliche Begleitung für unheilbar Kranke und Sterbende
- Ausbau der Palliativmedizin und des Hospiznetzes
- Keine Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe (Euthanasie)
- Verbot der ‚verbrauchenden‘ Forschung an menschlichen Embryonen, des Klonens und der Manipulation an der menschlichen Erbsubstanz

**Interessieren Sie sich für diese lebenswichtigen Zukunftsfragen?  
Wollen Sie dazu klar Profil bekennen?  
Dann werden Sie jetzt Mitglied in der CDL!**

Informationen erhalten Sie per Post oder unter [www.cdl-online.de](http://www.cdl-online.de)

**Für den aktiven und konsequenten Schutz des Lebens vom Beginn an bis zum natürlichen Tod.**

**CDL**  
Für das Leben.

**Christdemokraten für das Leben e.V.**  
Initiative in der CDU/CSU  
CDL-Bundesgeschäftsstelle  
Schlesienstr. 20 · 48167 Münster  
Tel.: 0251/6285160 · Fax 0251/6285163  
info@cdl-online.de  
Spendenkonto: Sparkasse Meschede  
Konto-Nr.: 2584, BLZ: 464 510 12

# Von uns wird man bald kaum noch etwas merken.

Sagt Ihnen Chattanooga etwas? Die Stadt in Tennessee, USA? Nein? Das hat auch einen guten Grund. Aber den erklären wir Ihnen am besten vor Ort. Schnallen Sie sich an und bringen Sie Ihren Sitz in eine aufrechte Position, wir befinden uns nämlich schon im Landeanflug.

Unser erster Halt ist die Heimat eines unserer effizientesten Volkswagenwerke. Durch ein neues Verfahren in der Lackiererei spart die Fabrik Chattanooga täglich rund 75.000 Liter Wasser! Und genau deswegen merkt man von diesem Werk fast nichts. Nicht nur für diese Maßnahme haben wir den LEED Platinum Award erhalten. Das finden Sie beeindruckend? Na, dann folgen Sie uns doch jetzt mal nach Mexiko.

Check-in, Start, Tomatensaft, Landung. Willkommen im Volkswagenwerk Puebla, wo wir am Popocatepetl aktiv etwas gegen den sinkenden Grundwasserspiegel getan haben. Hier konnten wir durch das Pflanzen von 420.000 Bäumen – in etwa der Baumbestand ganz Berlins – und durch das Anlegen von 47.000 Sickerungsgruben eine intensivere Nutzung von Regenwasser erreichen und die Region somit entlasten.

Wo sind wir denn nun gelandet? In Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei. Hier wurde unser Werk 2012 mit dem Lean & Green Award ausgezeichnet und damit für den ganzheitlichen Ansatz bei der Umsetzung ressourcenschonender Maßnahmen gewürdigt. So ist das eben, wenn die Mitarbeiter einbezogen werden und Nachhaltigkeit aktiv umgesetzt wird. Übrigens ist das Werk Bratislava Vorreiter bei der Umsetzung neuer Konzepte wie zum Beispiel beim nachhaltigen Umgang mit Abfall.

Eine spannende Reise bis hierher, stimmt's? Und dabei haben Sie gerade erst drei Standorte kennengelernt, an denen wir in unseren Werken die Umweltbelastung

konsequent und kontinuierlich senken. Diese Strategie, mit der wir unseren ökologischen Anspruch zukünftig auch in der Produktion umsetzen, nennen wir übrigens „Think. Blue. Factory.“.

Unsere nächste Station, in der „Think. Blue. Factory.“ zum Tragen kommt, ist Rühme. Nie gehört? Sehr gut. Auch hier achten die Mitarbeiter darauf, dass das Werk durch keinen zu großen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auffällt. Einer von ihnen hatte die Idee, LED-Technik in der Beleuchtung einzusetzen. Nur einer der Punkte, durch die das Werk Braunschweig 2010 als erster Produktionsstandort weltweit mit der DIN-Norm EN 16001 für Energiemanagement ausgezeichnet wurde. Zu Recht!

Zeit, den Schub zu drosseln und Emden in Ostfriesland anzusteuern. Hier wurden nicht nur Karl Dall und Otto Waalkes geboren, sondern auch viele unserer besten Ideen. Dank 12 Windkraftträdern und 2300 Solarkollektoren auf unserem Werksgelände werden nicht nur wir, sondern auch die gesamte Region mit sauberem Strom versorgt. Durch die Nutzung der aus Biomasse gewonnenen Wärme sparen wir zudem 89.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ein. Energiewende made by Volkswagen.

Auch die interessanteste Reise geht einmal vorbei. Und bei dieser haben wir sogar eine ganze Menge CO<sub>2</sub> gespart. Sie wurde schließlich nur auf Papier angetreten. Wir wissen eben: Das Sparpotential ist vielfältig und deswegen haben wir uns hohe Ziele gesetzt. Nämlich in der Produktion die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2018 um 25 % und in der Energieversorgung unserer Werke bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Bemerkenswert oder? Kein Wunder also, dass wir 2012 den Sustainability Award für das beste Nachhaltigkeitsprogramm gewonnen haben!

Vielen Dank, dass Sie mit uns geflogen sind.



Erfahren Sie alles über „Think Blue.“ bei einer ausführlichen Rundreise auf [www.volkswagen.de/thinkblue](http://www.volkswagen.de/thinkblue)

## Think Blue.



Das Auto.

Meinung:

# Schluss mit dem Herumdoktern ...

## Ein Plädoyer für eine sozial gerechte Rentenreform

In diesem Jahr driftet die Rentenanpassung zwischen Ost- und Westdeutschland stark auseinander. Rentnerinnen und Rentner im Westen erhalten zum 1. Juli 0,25 Prozent mehr, im Osten profitiert man von einem Plus von 3,29 Prozent. Dies hat nicht nur zu sehr kontroversen Diskussionen – insbesondere innerhalb der älteren Generation –, sondern auch zu erheblichen Irritationen geführt, die letztendlich Beleg dafür sind, dass das Rentensystem über die Jahrzehnte hinweg unüberschaubar geworden ist und dringend reformiert werden muss.

Bereits 1979 hat der damalige stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Westfalen-Lippe am Ende eines Seminars über Alterssicherung erklärt: „Unabhängig von der sofortigen Zustimmung der Menschen und unabhängig von Wahlen ist es dringend geboten, aus Verantwortung gegenüber der Zukunft das Rentensystem zu reformieren.“



Der Autor: **Leonhard Kuckart** war 20 Jahre lang Mitglied des Landtages von NRW und ist stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union sowie deren Landesvorsitzender in NRW.



Der damalige stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Westfalen-Lippe ist der heutige Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB. Eine wirklich grundlegende Reform der Rente ist aber bis heute ausgeblieben.

In den letzten Jahren hat man lediglich an einem überholten Rentensystem herumgedoktert und dabei auch Entscheidungen getroffen, die nicht systemgerecht sind. Das gilt für den sogenannten Riesterfaktor, der in sich widersprüchlich ist, weil entgegen dem System die jetzigen Rentnerinnen und Rentner einen Beitrag leisten für die zukünftige Rentengeneration. Das gilt auch für den Pflichtbeitrag zur Krankenversicherung. Rentnerinnen und Rentner erhalten aber kein Krankengeld.

Es gibt eine breite gesellschaftliche Zustimmung zu der Aussage, dass sich „Arbeit lohnen muss“. Aber wie sieht das bei Menschen aus, die ein Leben lang gearbeitet haben und nun feststellen müssen, dass sie sich mit ihrer Grundsicherung schlechter stellen als Menschen, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld empfangen? Diese Feststellung dient ausdrücklich nicht dazu, berechtigte Ansprüche von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld in Frage zu stellen, sondern dem Zweck, die Situation von Rentnern zu hinterfragen.

Wie nachteilig die Situation für Rentnerinnen und Rentner heute ist, wird noch deutlicher durch eine weitere Entwicklung auf dem Kostensektor: Die ständig steigenden Kosten bei Strom und die in vielen Kommunen mittlerweile exorbitant erhöhte Grundsteuer B belasten die heutige Rentnergeneration zusätzlich. Bei Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfängern werden diese

Kosten jedoch vom Staat übernommen. Aus diesen Gründen haben wir als Senioren-Union auch den Vorstoß von Frau Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen MdB begrüßt, die eine Zuschussrente und eine Lebensleistungsrente vorgeschlagen hat. Das war zwar nicht system-, aber sozialgerecht.

Eine Rentenreform ist längst überfällig, dass sie aber noch vor der Bundestagswahl im September angegangen wird, scheint ausgeschlossen. Wenn das mehr als angeschlagene Vertrauen in die Rentenpolitik aber wieder gestärkt werden soll, muss die neue Bundesregierung eine Rentenreform zu einem ihrer zentralen politischen Schwerpunkte machen und zügig handeln. Dies liegt nicht nur im Interesse der jetzigen Rentnerinnen und Rentner, sondern vor allem auch im Interesse der jungen Generation. Über das Rentenproblem ist seit Jahrzehnten hinreichend genug geredet und erzählt worden. Es läuft Gefahr, dauerhaft zerredet zu werden.

Ältere Menschen sind ein stabilisierender Faktor in unserer Gesellschaft und nicht zuletzt auch für unsere Demokratie. Es wäre sträflich, diese Tatsache zu verdrängen und die Rentenproblematik weiter politisch liegenzulassen. Unsere Gesellschaft würde destabilisiert mit negativen Folgen.

Die Senioren-Union hat längst klar Position bezogen und unterstützt das dreistufige Rentenmodell der katholischen Verbände. Es wird Zeit, dass auch die CDU sich ernsthaft mit einer Rentenreform beschäftigt. Getreu dem Titel des Bundestagswahlprogramms der Union von 2002: Es ist Zeit für Taten. ■

Demoskopie:

# Ältere Menschen fühlen sich zehn Jahre jünger

Ältere Menschen in Deutschland fühlen sich deutlich jünger, als sie sind: Die 60- bis 75-Jährigen um durchschnittlich acht Jahre, die über 75-Jährigen sogar um zehn Jahre. Zu diesem Ergebnis kommt eine Allensbach-Umfrage, die die Robert-Bosch-Stiftung anlässlich der Ausschreibung des Deutschen Alterspreises im letzten Jahr in Auftrag gegeben hat.

Laut der Untersuchung sind 70 % der heutigen Rentner froh, im Ruhestand zu sein. Von den Menschen, denen der Ruhestand noch bevorsteht, können sich das nur 38 % vorstellen. Die Menschen in Deutschland werden älter, bleiben gesünder und sind vor allem unternehmungslustiger. Viele der „Alten“ sind als Business Angel, Blogger, Entwicklungshelfer, Streetworker oder Leihomas bis ins hohe Alter aktiv. „Viele Ältere wollen noch einmal etwas Neues anfangen, sie wollen mitgestalten und mit ihrer reichen Lebenserfahrung etwas bewegen. Wenn wir sie in ihren Vorhaben unterstützen, ist das ein Gewinn für unsere ganze Gesellschaft“, sagt Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Wie aktiv ältere Menschen heute schon sind, zeigt der eigene Freundes- und Bekanntenkreis. 69 % der Bevölkerung zählen dazu deutlich ältere Menschen. Wie der Blick auf zurückliegende Umfragergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt, hat der Kontakt zwischen Jüngeren und Älteren in den vergangenen Jahren sogar tendenziell zugenommen. Mit dem Deutschen Alterspreis würdigt die Robert-Bosch-Stiftung Ideen von älteren Menschen, aber auch Projekte, die ein aktives Leben im Alter ermöglichen. ■

Weitere Infos: [www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

## Divergierende Altersbilder

Frage: "Wenn Sie einmal an Menschen denken, die zwischen 60 und 75 Jahre alt/ 75 Jahre und älter sind: Wie trifft heute auf viele Menschen dieser Altersgruppe zu, wie von der Liste würden Sie nennen?"



## Für die meisten beginnt Altsein mit dem Auftreten von Beeinträchtigungen oder Pflegebedürftigkeit

Frage: "Wann ist jemand für Sie alt: wenn ein bestimmtes Lebensalter erreicht ist, oder wenn bestimmte altersbedingte körperliche bzw. geistige Beeinträchtigungen auftreten, wenn er im Ruhestand ist, wenn er auf Betreuung bzw. Pflege angewiesen ist, oder wann sonst?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen				
		16 bis 29 Jahre	30 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 74 Jahre	75 Jahre und älter
Auf Betreuung bzw. Pflege angewiesen	33	26	26	37	39	36
Wenn Beeinträchtigungen auftreten	30	22	29	30	30	48
Bestimmtes Lebensalter erreicht	30	40	35	29	20	22
Im Ruhestand	6	13	7	4	4	1
Anderes	4	2	6	7	4	1
Unentschieden, weiß nicht	7	6	9	5	8	4

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 10086

© IFD-Allensbach

„Gemeinsam die Zukunft meistern! Zivilgesellschaft in Kommunen.“ Das Motto des 8. Kommunalkongresses der Bertelsmann-Stiftung Mitte März in Berlin rückte für zwei Tage die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt des Interesses der mehr als 500 Gäste. Noch einmal doppelt so viele Interessierte verfolgten den Kongress per Livestream im Internet.

„Wenn du schnell gehen willst, dann gehe allein. Wenn du weit gehen willst, dann gehe gemeinsam.“ Mit diesem afrikanischen Sprichwort eröffnete Dr. Jörg Dräger, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung, den 8. Kommunalkongress der Stiftung in Berlin. Ein Blick auf die von Dräger genannte städtische Aufgabenskala vermittelt eine Ahnung über Form und Tempo der künftigen Gangart: Kita, Inklusion, Standortpolitik, Netzwerkbildung und nebenbei die gemeinen Leistungen erbringen – wer wollte diese Aufgaben alleine erfolgreich meistern?



„Mister Zukunft“, Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, provozierte und begeisterte mit seinen Zukunftstrends und Geboten in Zeiten der Wohlstandswende.

## 8. Kommunalkongress der Bertelsmann Stiftung

# Die Zukunft gehört der Zivilgesellschaft

Mit rund 90 Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaftete die Zivilgesellschaft ein Leistungsvolumen, das mit dem der Bauwirtschaft vergleichbar sei, machte Dräger die Wertigkeit bürgerschaftlichen Engagements deutlich. Auch wenn sich die Gesellschaft verändere, die Mitwirkung in Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen dramatisch abnehme, bedeute das nicht gleichzeitig, dass die Möglichkeiten geringer würden. Im Gegenteil, es gebe mehr Möglichkeiten denn je. Um diese Chancen auch wahrnehmen zu können, müssten gemeinnützige und professionelle Akteure über einen verbesserten Informationsaustausch zu mehr Transparenz finden, beispielsweise über Bürgerforen, führte Jörg Dräger weiter aus. Er ging in seinem Vortrag auf beide Perspektiven ein, die auch die weitere Diskussion im Plenum und auf dem Podium begleiten sollten: Kommunalpolitik (Mandat) und Verwaltung auf der einen Seite, die sich einem erheblichen Erfolgsdruck ausgesetzt sähen, um dem Engagement der Bürger stets wohlwollend begegnen zu können, ohne dass diese gleichermaßen verlässlich die gebührende Verantwortung übernehmen würden. Die Bürger andererseits, die ihre politische und gesellschaftliche Beteiligung in erster Linie teamorientiert und in wechselnden Allianzen ausleben möchten. Unter diesen Voraussetzungen reiche es nicht aus, die Rathaustüren zu öffnen, vielmehr müsse eine neue Beteiligungsstruktur geschaffen werden, forderte Dräger. Alle könnten nur gewinnen durch mehr Zusammenhalt. „Gehen wir gemeinsam, damit wir nicht nur weit gehen können“, ermunterte Vorstandsmitglied Dräger die Akteure im Publikum. Unterstützung in dieser Forderung erhielt der Vorstand der Bertelsmann-Stiftung von Prof. Dr. Horst W. Opaschowski (Hamburg), der in seinem Referat „Die Mitmachgesellschaft der Zukunft. Eine Herausforderung für die Kommunalpolitik“ proklamierte, das Zeitalter der „Ichlinge“ gehe seinem Ende entgegen. Stattdessen werde die Einstellung „Wir müssen mehr zusammenhalten“ gesellschaftlich in den

Vordergrund rücken. Als „Mister Zukunft“ (dpa) angekündigt, wurde Opaschowski diesem Titel mehr als gerecht, indem er gleich zehn Zukunftstrends vorstellte. Damit nicht genug, vervollständigte Mister Zukunft, nicht ohne ein Augenzwinkern, seine Trends mit zehn Anleitungen und Geboten „für ein gelingendes Leben im 21. Jahrhundert“.

In einer Pendelbewegung zwischen Zukunftsoptimismus und Krisenstimmung ordnete der Hamburger Zukunftsforscher die momentane Befindlichkeit der Bundesbürger ein. Die junge Generation mache Mut in Krisenzeiten, sodass die „Ära der German Angst“ vorüber sei. Andererseits wachse das Lager der „gefühlten Wohlstandsverlierer“. Eine mittlerweile überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung vertrete die Auffassung, dass es für die junge Generation in Zukunft viel schwieriger werde, ebenso abgesichert und im Wohlstand leben zu können wie die heutige Elterngeneration. Heute, so Opaschowski weiter, könnten weder Politik noch Wirtschaft Ludwig Erhards „Wohlstand-für-alle“-Forderung der späten 1950er Jahre einlösen, wenn die Bürger immer maßloser würden. Die Gesellschaft stehe vielmehr vor einem postmateriellen Wertewandel. Den umschrieb der Zukunftsforscher mit den vier „Fs“: Familie, Freunde, Frieden und Freiheit. Diese „4 Fs“ würden künftig das Wohlstandsleben der Deutschen bestimmen.

Die „fetten Jahre sind bald vorbei“, prognostizierte Horst W. Opaschowski und sah, an diesem Wendepunkt angekommen, weitreichende Aufgaben für eine „aktivierende“ Kommunalpolitik. Oder wie er es in seinen Zukunftstrends formulierte: „Wir können es uns nicht leisten, zum ‚Entwicklungsland in Sachen Ehrenamt‘ zu werden.“ Die Freiwilligenarbeit, das Ehrenamt, brauche eine neue Anerkennungskultur, wenn sie Bestand haben solle. Freiwilliges soziales Engagement für alle Generationen werde immer dringlicher, sodass die Angebote von Seiten der Kommunalpolitik gleichermaßen attraktiv gestaltet werden müssten.



Das Thema zeigte in der sich anschließenden Diskussion ungezählte Facetten. Holger Backhaus-Maul, Soziologe und Verwaltungswissenschaftler an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg und Vorstand im Kompetenzzentrum „Aktive Bürgerschaft“, wies darauf hin, dass, je stärker Politik und Verwaltung die Bürgerschaft zu lenken versuche, desto mehr die Abhängigkeit bürgerschaftlichen Engagements von Staat, Parteipolitik und Verwaltung befördert werde, sodass die Eigenkräfte der Bürgergesellschaft geschwächt würden. Backhaus-Mauls Forderung lautete, die Infrastruktur ohne Inhaltsvorgaben zu fördern, um den liberalen Freiraum der Bürger zu bewahren.

Ähnlich äußerte sich Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer des in Nürnberg ansässigen Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, der eine „Ermöglichungspolitik“ forderte, hinter der auch sichtbar der Bürgermeister stehe. Die Kommunen sollten sich nicht verzetteln und eine zentrale Anlaufstelle statt fünf Bürgerbeteiligungen anbieten und nicht jedem Stifter ein Museum planen.

Dr. Lothar Dittmer, Vorstand der Körber-Stiftung in Hamburg, sagte, wenn er Bürgermeister wäre, würde er „die Zivilgesellschaft von einem weichen zu einem harten Thema machen“.

Die Bürger wollen sich engagieren, daran besteht kein Zweifel. Nach einer Umfrage in fünf europäischen Ländern beantworteten 70 Prozent der Bürger die Frage, ob sie sich in der Kommune engagieren würden, mit „Ja“. Darüber hinaus forderte dieselbe Befragung zutage, dass Kommunen, die Engagement von außen in die Binnenorga-

nisation „hineindächten“ und durchführen, zu der Erkenntnis kämen, dass viele kommunale Projekte in der bisherigen Form weder erwünscht noch gebraucht würden. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements konnten die Teilnehmer des Kommunalkongresses unter anderem im „Forum 3“ zur Thematik „Kommunale Probleme gemeinsam lösen“ anschaulich verfolgen.

Die scheinbar einfach zu beantwortende Frage: „Was brauchen blinde Menschen am meisten?“, sollte zunächst mit dem jeweiligen Tischnachbarn erörtert werden. Die Antworten lauteten: „Informationen“ und „Hilfsangebote“. „Leistungsangebote und Informationen“, hieß gleichlautend die offiziell ermittelte Antwort aus der Umfrage. 91 Prozent der befragten blinden Menschen antworteten jedoch: „Freund-

schaften schließen.“ Fazit: Die Verwaltung ahnte nicht einmal, was sich die Blinden wünschten, und darüber hinaus, die Kommune könnte es nicht leisten, hätte sie es denn gewusst.

Dennoch, die Lage ist nicht hoffnungslos, und es darf positiv in die Zukunft geschaut werden. Diesen Trend bestärkten zum Abschluss des Kommunalkongresses die Organisatoren des Bertelsmann-Teams. Gute Ideen entstehen nicht zuletzt beim spielerischen Experimentieren. In diesem Sinne war dem Moderator Marc Gassert das Schlusswort überlassen worden. Der bewies dem Publikum gekonnt spielerisch, wie sich die geometrischen Formen des TANGRAM-Spiels stets neu zu einem harmonischen Gesamtbild zusammenstellen lassen, wenn man nur die einzelnen Teile an die richtige Stelle zu legen vermag. ■

Ingrid Kozanák



Fotos: Bertelsmann-Stiftung/Sebastian Pflüze

# Legitimationskrise als Lerngelegenheit

Welche Rolle spielen Bürgerproteste in der aktuellen Krisenpolitik? Welche Auswirkungen haben sie auf die Krisenphänomene der parlamentarischen Demokratie? Sind sie lediglich Ausdruck allgemeiner Empörung und eines Vertrauensverlustes gegenüber politischen Eliten und Institutionen? Oder inwiefern sind Proteste auch der Versuch einer Rückeroberung des öffentlichen Raums durch die Zivilgesellschaft?

Etwa 700 meist junge Menschen werden im Mai 2012 auf dem Weg nach und in Frankfurt am Main in Gewahrsam genommen. Straftaten vorwerfen kann man ihnen nicht – lediglich die vermutete Absicht, an nicht genehmigten Versammlungen teilzunehmen. Anlässlich der „Europäischen Aktionstage Blockupy“ wollen die Stadt Frankfurt und die hessische Landesregierung kein Risiko eingehen. Das Protestforum richtet sich gegen die Sparpolitik und die Macht der Banken. Mehr als 100 Organisationen unterstützen die Bewegung; darunter Jugendverbände der Gewerkschaften, Friedens-

und Umweltgruppen, Arbeitsloseninitiativen, anarchistische und sozialistische Vereine sowie Vertretungen der Studierenden. Entsprechend bunt und vielfältig sind die geplanten Aktionen: von Blockaden über Workshops und Konzerte bis hin zu einer Rave-Tanzdemo. Massive staatliche Interventionen schränken jedoch die Rechte der potenziellen Teilnehmer ein. Um Blockaden des Bankenviertels und befürchtete Ausschreitungen einiger Autonome zu verhindern, werden sämtliche Veranstaltungen verboten – selbst Vorträge, Lesungen und Diskussionen. Die Zugänge zum DGB-Haus werden gesperrt, der Uni-Campus abgeriegelt und zahllose Aufenthaltsverbote für die gesamte Innenstadt verhängt.

Dies ist nur ein Beispiel: Mit dem Anhalten der Wirtschaftskrise nehmen Bürgerproteste zu. Die Gründung neuer sozialer Bewegungen ist aber auch eine Antwort auf die tiefgreifende Legitimationskrise parlamentarischer Demokratie.

## Vom Bürgerprotest zur Krise als Lerngelegenheit

In der Politischen Bildung wird diese Legitimationskrise bislang kaum thematisiert. Nur wenige Sozialwissenschaftler stellen deren Bedeutung als Lerngelegenheit heraus: Von einer Vielfachkrise postfordistischer Gesellschaften ist die Rede (Demirovic), aber auch vom „Aufbruch in eine neue Demokratie“ und der Suche nach einem „neuen Gesellschaftsvertrag für alle“ (Leggewie). Doch in vielen Studien der Governance- (Regierungsführung) und Policyforschung bleiben die schwindenden Teilhabechancen der BürgerInnen weitgehend unterbelichtet.

Dabei protestieren viele Menschen nicht nur gegen die Auswirkungen der Finanzkrise, gegen Sparprogramme und Rettungsschirme. Sie fordern auch, demokratische Entscheidungswege neu zu justieren. Denn Staatlichkeit hat sich für sie spürbar verändert: Transnationales Regieren in Expertengremien jenseits von Parlamenten und Öffentlichkeit stellt die klassischen Wege demokratischer Willensbildung in Frage. Dem stehen auf der Ebene der Subjekte neue Formen des Regiertwerdens gegenüber. Junge Menschen wer-



den weniger als emanzipatorische Akteure adressiert denn als „Unternehmer ihrer selbst“ (Bröckling). Sie sollen selbstverantwortlich ihre berufliche Mobilität und soziale Sicherung regulieren. Gleichzeitig zeigen Ergebnisse der politischen Kulturforschung etwa von Brigitte Geißel, dass die Voraussetzungen politischer Teilhabe für viele Bürger sehr begrenzt sind – die Partizipationschancen sind zunehmend ungleich verteilt.

## Engagementpolitik statt kritischer Demokratiebildung?

Wenn Bildungsforscher die Legitimationskrise überhaupt thematisieren, dann, indem sie häufig politische Partizipation auf soziales Engagement reduzieren. Geradezu euphorisch werden Projekte des Service- und Demokratielernens beworben und öffentlich gefördert. Doch die gesellschaftlichen Konfliktlinien und Legitimationsdefizite werden in vielen dieser Projekte nicht thematisiert: Unberücksichtigt bleiben die Mechanismen sozialer Schließung und die Gründe für den (Selbst-)Ausschluss von immer mehr Menschen aus dem Feld der politisch anerkannten Akteure und Entscheidungsprozesse. Vielmehr gelten privates Engagement, Selbstverantwortung und Unternehmergeist als neue Bildungsziele. Sie sollen nicht zuletzt den Rückzug des Wohlfahrtsstaates kompensieren. Nicht wenige Sozial- und Bildungsforscher suchen die Defizite bei den Bürgern selbst.



Der Autor:  
**Dr. Andreas Eis**  
ist Juniorprofessor für Didaktik des politischen Unterrichts und der Politischen Bildung an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.



Sie seien der „eigentliche Schwachpunkt unserer Demokratie“, meint etwa der Politologe Werner Patzelt. Die Bürger verstünden das politische System nicht und wären immer weniger bereit, in Parteien und Verbänden mitzuwirken. Sie würden für Politik nicht annähernd die Mühe und Zeit investieren wie für den Kauf eines neuen Autos oder eines iPhones. Eine ähnliche Diagnose stellte bereits Joseph Schumpeter mit der Empfehlung, man möge politische Entscheidungen konsequenterweise Experten und Fachausschüssen überlassen. Heute ziehen Wissenschaftler zur Begründung der Expertendemokratie empirische Studien heran, die belegen sollen, dass die meisten Bürger nicht über die nötige „political literacy“, über basale Kenntnisse und Fähigkeiten, verfügen. Sie hätten zu hohe Erwartungen, betrachteten den Staat lediglich als Dienstleister und würden daher zwangsläufig von parlamentarischen Prozessen enttäuscht. Protestbewegungen sind nach dieser Logik Ausdruck von Verantwortungsflucht und Rückzug in Spaß-, Konsum- und Freizeitkulturen, bei denen eben auch der Protest immer mal wieder Konjunktur erfahre.

Allein bei den Bürgern die Ursache für eine Krise der Demokratie zu suchen ist abwegig – bedenkt man nur die jahrelangen Auseinandersetzungen um die EU-Dienstleistungsrichtlinie, um Stuttgart 21 oder die Schulreform in Hamburg. Es sind nicht nur Occupy-

Aktivisten und linke Splittergruppen, die demokratische Defizite einklagen. Den Klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen den Euro-Rettungsschirm und die Fiskalunion haben sich über 37 000 Bürger und Politikerinnen von der CSU über die SPD bis zur Linken angeschlossen. Dabei ging es um das Demokratiedefizit bei europapolitischen Entscheidungen und das Haushaltsrecht des Bundestags – ein Kernelement demokratischer Souveränität.

### **Demokratiewissenschaft oder Entpolitisierung der Politischen Bildung?**

Politische Bildung und Bildungsforschung müssen die Legitimationsdefizite und aktuellen Krisenphänomene problematisieren und ihre Folgen für politische Sozialisations- und Lernprozesse analysieren. Die Lerngelegenheit der Krise besteht in der Analyse ihrer sozioökonomischen Ursachen, in der Kritik defizitärer Legitimationswege, dem Aufzeigen politischer Alternativen und der Erprobung neuer Verfahren der Partizipation wie des von der Piratenpartei eingeführten Verfahrens des „liquid feedback“. Dabei kann das Stimmrecht durch die Parteibasis fallbezogen wahrgenommen werden. Abhängig von der jeweiligen Fragestellung stimmen die Mitglieder selbst ab oder können ihre Stimme auf ausgewählte Delegierte – aber eben nicht auf alle Entscheidungen – übertragen.

Politische Bildung muss den Abbau demokratischer Teilhabechancen und die Formen von Entdemokratisierung thematisieren – wie zum Beispiel die Schwächung der Parlamente durch Expertengremien, Europäisierung, Lobbyismus und kommerzielle Politikberatung. Politik kann nicht auf die effiziente Regelung öffentlicher Probleme durch administrative Verfahren reduziert werden. Diese postpolitische Vision wäre zugleich eine postdemokratische oder entspräche allenfalls dem Modell einer ergebnisorientierten Experten- und Zuschauerdemokratie (Rancière; Crouch). Ein originäres gesellschaftliches und wissenschaftliches Interesse sollte angesichts aktueller Legitimationskrisen die Erforschung der Voraussetzungen und Möglichkeiten von Demokratisierung, d. h. der Mut zu mehr, nicht weniger Demokratie, sein. Auch moderne Demokratien sind nur stabil, wenn sie lernfähig bleiben (Negt). Sie neigen – zumal im Zeichen umfassender Wettbewerbsorientierung – zu elitären Herrschaftsstrukturen und zum entpolitisierten Verwaltungshandeln. Erst als Gegenbewegung dazu werden die Empörung, die Bürgerproteste und der große Erfolg von Protestparteien in Europa verständlich. Junge Menschen suchen wirksame Wege politischer Einflussnahme. Viele Bürger zweifeln jedoch, ob ihnen überhaupt eine aktive Rolle außer der des Leistungsträgers oder der solventen Konsumentin eingeräumt wird. Im Zentrum politischer Bildungsforschung und Bildungspraxis müssen daher gerade die verhinderten Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung durch Mechanismen der Selbst- und Fremdausschließung stehen. Stuttgart 21, Blockupy oder Aktionen gegen das ACTA-Abkommen sind Beispiele für die Mobilisierung von Bürgerprotesten. Der zunächst große Erfolg der Piratenpartei wiederum zeigt, dass auch in parlamentarischen Strukturen neue Wege basisdemokratischer Beteiligung möglich sind, die bereits vielfältig von den etablierten Parteien adoptiert werden. Politik ist ein öffentlicher Streit um Konflikte und Alternativen. Sie braucht neue Räume und Zugänge zu diesen Arenen sowie genügend Zeit, die Stimmen der Bürger ernst zu nehmen. Reduzieren sich die Sozialwissenschaften hingegen auf Fragen öffentlicher Verwaltung und ökonomisch effizienter Steuerung, blenden sie den Rückzug der BürgerInnen aus der Politik weitgehend aus. Eine so verstandene entpolitisierte Politikwissenschaft spiegelt die Entpolitisierung der Bürger, statt diese zu reflektieren. Sie versagt gegenüber den eigenen Ansprüchen des Faches, tatsächlich eine Politische Wissenschaft zu sein. ■

**Reisetermin:**

**10.11. bis  
15.11.2013**

**Reiseleistungen:**

- Flüge Deutschland\* / Rom / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 40,- bis EUR 160,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 05/13; evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 5 Übernachtungen im Hotel Domus Mariae Palazzo Carpegna (4 Sterne, Landeskategorie)
- Halbpension
- ¼ l Wein und ½ l Wasser zum Abendessen
- Ausflüge und Besichtigungen mit modernem Touristenbus laut Programm
- Eintrittsgelder zum Programm
- Deutschsprachige Reiseleitung vor Ort
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ **Flüge:** wahlweise ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, Stuttgart und München (tlw. mit Umstieg, je nach Verfügbarkeit, weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich)

**Nicht im Preis enthalten:**

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Versicherungen

**Reisepreis:**

EUR **775,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung

Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 150,-

→ Grundpreis mit Flügen ab/bis: **München und Stuttgart**

→ Zuschlag für Flüge ab/bis: **Frankfurt, Köln-Bonn, Düsseldorf:** EUR 20,- pro Person  
**Berlin, Hannover, Hamburg:** EUR 30,- pro Person

**Reiserücktrittskosten-Versicherung** mit Selbstbehalt: EUR 32,- pro Person (Diese Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



# ROM

*Antike, Kirche, Kultur und Moderne – Sie erleben, was die Stadt am Tiber geprägt hat.*



Kaum ein Ort ist so reich an Kunstwerken der bedeutendsten Epochen wie die „Ewige Stadt“. Kolosseum, Forum Romanum, der Petersdom und die großartigen Werke von Raffael und Michelangelo sind nur einige der unermesslichen Schätze Roms.

Wir nehmen uns Zeit für die ausführliche Besichtigung der antiken Stätten und folgen den zahlreichen Spuren des Christentums. Und natürlich darf dabei auch ein Besuch des Vatikans nicht fehlen. Geplant ist zudem die Teilnahme an einer öffentlichen Papstaudienz.

Lassen Sie für ein paar Tage das oftmals triste deutsche Novemberwetter hinter sich, und begleiten Sie uns nach Rom.

**Umfangreiches, geführtes Ausflugsprogramm im Preis enthalten.**



Beachten Sie bitte:

Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen **Personalausweis oder Reisepass**. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis **8 Wochen vor Reisebeginn** erreicht sein muss, beträgt 30 Personen. • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.



**Flüge**

ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



**Hotel**

der 4-Sterne-Kategorie in ruhiger Lage



**Besichtigungen**

mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung



**Besinnung**

Gemeinsamer Besuch einer Papstaudienz

**Unser Vertragshotel:**



**Hotel Domus Mariae Palazzo Carpegna**

**Lage:** Das Hotel wurde in eine ehemalige Klosteranlage integriert und liegt, eingebettet in einem üppigen Garten, in unmittelbarer Nähe der Villa Carpegna. Der Vatikan ist nur vier U-Bahnhaltestellen entfernt.

**Ausstattung:** Das Hotel verfügt über Rezeption, zwei Restaurants, eine Bar, Lift und Aufenthaltsräume sowie ein Kongresszentrum. Innerhalb der Hotelanlage befindet sich die Kirche des ehemaligen Klosters.

**Zimmer:** Die 227 komfortabel eingerichteten Zimmer wurden erst kürzlich renoviert und verfügen über Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Satelliten-TV, Haartrockner, Minibar und Telefon.

**Essen:** Erweitertes kontinentales Frühstückbuffet und serviertes Abendessen (dreigängiges Menü), dazu wird pro Person ein ¼ l Wein und ½ l Wasser gereicht.



Schon das Hotel, in dem Sie wohnen werden, ist sehenswert.

### Ihr Reiseprogramm:

**Sonntag, 10.11.2013:** Flug vom gewählten Flughafen in Deutschland nach Rom, wo Sie bereits von der örtlichen deutschsprachigen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie dann zum Check-In ins Hotel Domus Mariae Palazzo Carpegna.

**Montag, 11.11.2013:** Heute zeigen wir Ihnen bei einem ganztägigen Ausflug das „antike Rom“. Zunächst fahren Sie bis zum Kolosseum (keine Innenbesichtigung). Zu Fuß geht es dann weiter vorbei am Titusbogen, dem ältesten erhaltenen Triumphbogen Roms. Er wurde von Domitian nach der Eroberung von Jerusalem errichtet. Sie durchqueren die Straßen der Kaiserforen und gelangen – vorbei an den Säulen des Mars Tempels – zum Kapitol. Von hier aus bietet sich Ihnen ein herrlicher Blick auf das „Forum Romanum“. Anschließend geht es weiter zur Piazza Venezia mit dem kolossalen Monument Victor Emanuel II. Das Marcellus-Theater wurde von Caesar erbaut

und von Augustus eingeweiht. Sie fahren vorbei an den Caracalla-Thermen. Diese antiken Badeanlagen wurden in den Jahren 206 bis 216 von Kaiser Caracalla erbaut. Neben einigen Schwimmbecken und Gärten waren sie mit Gymnastik- und Versammlungsräumen, Bibliotheken und diversen Dienstleistungsbetrieben ausgestattet. Der Via Appia Antica folgend, erreichen Sie die Domitilla-Katakomben. Sie gelten als die größten und eindrucksvollsten Katakomben Roms.

**Dienstag, 12.11.2013:** Heute steht ein Ausflug zum Vatikan auf Ihrem Programm. Er beginnt mit der Besichtigung des Petersplatzes, der als einer der schönsten und berühmtesten Plätze der Welt gilt. Er wird von 284 prächtigen Säulen Berninis aus den Jahren 1656 bis 67 gesäumt. Im Hintergrund erhebt sich die imposante Basilika St. Peter. Die Kathedrale des Christentums beeindruckt mit ihrer überwältigenden Fassade und der außergewöhnlichen Länge

von 186 Metern. Die berühmtesten Architekten der Renaissance und des Barock haben, jeder im eigenen Stil und mit eigenem Entwurf, zweihundert Jahre lang an diesem bedeutendsten Gotteshaus gearbeitet. In den Innenräumen befinden sich unter den zahlreichen Meisterwerken der Baldachin Berninis am Hauptaltar, die „Pieta“ Michelangelos, die Kuppel Bramantes und Michelangelos u. v. m. Sie besuchen außerdem die Vatikanischen Museen, wo Sie u. a. die Galleria degli Arazzi mit den berühmten Bildteppichen aus dem 16. bis 18. Jh. und die Sixtinische Kapelle sehen werden.

**Mittwoch, 13.11.2013:** Am Morgen fahren Sie zum Petersplatz und nehmen an der öffentlichen Papstaudienz teil (vorausgesetzt, der Papst weilt in Rom). Bei gutem Wetter findet die Papstaudienz draußen, bei schlechtem Wetter in der Audienzhalle statt. Am Nachmittag steht dann ein Rundgang durch das Zentrum von Rom auf Ihrem

Programm. Er führt Sie u. a. zum Pantheon, zum Trevi-Brunnen und zur Spanischen Treppe mit der nahegelegenen Piazza del Popolo.

**Donnerstag, 14.11.2013:** Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung und gibt Gelegenheit für einen Shoppingbummel oder Besichtigungen auf „eigene Faust“. Wenn Sie möchten, können Sie an einem weiteren Ausflug in die Albaner Berge teilnehmen (gegen Aufpreis). Dabei sehen Sie u. a. den päpstlichen Sommersitz Castel Gandolfo.

**Freitag, 15.11.2013:** Je nach Flugzeit Transfer zum Flughafen Rom und Flug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise.

### Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14  
46286 Dorsten  
Telefon: 0 23 69/9 19 62-0  
Telefax: 0 23 69/9 19 62-33  
E-Mail: info@terramundi.de  
Web: www.terramundi.de



### REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

**TERRAMUNDI GmbH**  
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten  
Telefax: 0 23 69/9 19 62-33  
E-Mail: info@terramundi.de  
Web: www.terramundi.de

Mit diesem QR-Code, einem Smartphone und einer APP gelangen Sie direkt zu unserer Website.



**JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **ROM** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u. a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl

E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)

Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Stornobedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

**Reiseziel: ROM**

**Termin: 10.11. - 15.11.2013**

**Preise: EUR 775,- p. P. im DZ\* Einzelzimmer-Zuschlag EUR 150,-**

**Gewünschte Flüge<sup>→</sup> ab/bis:**

→ wahlweise ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, Stuttgart und München (tlw. mit Umstieg, je nach Verfügbarkeit, weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich). **Bitte beachten Sie evtl. Flugzuschläge.**

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:

**DZ\*** = Doppelzimmer \* bei Zweierbelegung

**EZ** = Einzelzimmer

**RV** = Reiserücktrittskosten-Vers. EUR 32,- pro Person

Teiln. 1  DZ  EZ  RV

Teiln. 2  DZ  EZ  RV

# Die Zeit des **permanenten Skandals**

Es sind alltägliche Anlässe, banal erscheinende Anlässe, an denen sich heute die großen, fundamentalen Diskussionen entzünden. Was ist da los? Ein Essay über die neue Empörungskultur des digitalen Zeitalters. Von Bernhard Pörksen, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen.

Ein Bundespräsident und seine Frau haben ein Bobby-Car geschenkt bekommen – muss die Annahme dieses Geschenks als Vorteilsnahme im Amt gelten? Ein Kanzlerkandidat der SPD hat hochbezahlte Vorträge gehalten – durfte er, um zum Vortragort zu kommen, seine Bahn-Card als Bundestagsabgeordneter verwenden, oder wäre es eine Frage des guten Stils gewesen, ein neues Ticket zu lösen? Ein FDP-Mann, kaum zum Spitzenkandidat für die Bundestagswahl gekürt, wird von einer Journalistin für eine Serie dümmlischer Anmachsprüche attackiert, die etliche Monate zurückliegen. Und eine ganze Nation debattiert über die Diskriminierung von Frauen.



Der Autor: **Bernhard Pörksen**, 43, ist Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen. Kürzlich veröffentlichte er – gemeinsam mit Hanne Detel – das Buch „Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen

Zeitalter“. Der hier abgedruckte Essay geht auf verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge des Autors zurück.

Vielleicht werden Mentalitätshistoriker, die eines Tages in den Archiven nach kollektiven Bewusstseins Spuren fahnden, unsere Gegenwart einmal als die Epoche der Daueraufregung beschreiben, als die Zeit des permanenten Skandals. Denn es vergeht kein Tag, an dem diese Gesellschaft nicht mit neuen Empörungsangeboten überflutet würde. Schon, wer das Wort Skandal bei Google eingibt, also die moderne Form des Existenz- und Relevanznachweises führt, erhält gut 58 Millionen Treffer.

Ganz im Sinne der allgemeinen Aufregungskommunikation gefragt: Wer ist schuld? Das Netz? Hat diese „Spektakelmaschine in Echtzeit“ (Sascha Lobo) den Ton bis an den Rand des Diskurs-Ruins verschärft?

Das allerdings, so muss man gleich festhalten, ist die falsche Frage. Denn zum einen würde die Netz-Verteufelung bedeuten, dass die Verantwortung des Einzelnen unsichtbar würde, der dieses so faszinierend plastische Medium auf die seine Weise benutzt: manchmal eben für das absurde Spektakel, den Shitstorm ohne Sinn und Verstand, dann aber eben auch für die gesellschaftlich bedeutsame Aufklärung, die dringend benötigte Transparenz. Und zum anderen würde man sich den Blick dafür verbauen, dass die allmähliche Verwandlung der Öffentlichkeit in ein Testlabor für Erregungsvorschläge vielschichtige Ursachen besitzt.

## **Umfassender Kultur- und Medienwandel**

Es reicht also nicht hin, einfach nur auf das Netz zu schimpfen. Denn was sich am Beispiel der allgemeinen Skandalsucht offenbart, ist Symptom eines umfassenden Kultur- und Medienwandels, Ausdruck und Folge einer neuen publizistischen Formation. Aus der einst vornehmlich massenmedial geprägten Mediendemokratie entsteht allmählich die Empörungsdemokratie des digitalen Zeitalters. Hier wird die Deutungsmacht der Wenigen zum erbittert ausgefochtenen Meinungskampf der Vielen. Es genügt manchmal schon ein einziger Link, ein rasch mit dem Smartphone produziertes und dann online gestelltes Filmchen, eine sekundenschnell abgesetz-

te Twittermeldung, um gerade noch geschützte, abgeschottete Informationsräume aufzusprengen – eine Form der barrierefreien Ad-hoc-Publikation, die die Zahl möglicher Skandalofferten noch einmal kräftig potenziert. In der massenmedial geprägten Mediendemokratie konnten einst publizistische Großmächte darüber entscheiden, was als wichtig zu gelten hatte. Es gab räumlich einigermaßen eingrenzbar wirkungsfelder, klar erkennbare, physisch fassbare Machtzentren. In der digitalen Empörungsdemokratie der Gegenwart sind räumliche, zeitliche und kulturelle Grenzen leicht passierbar geworden. Wir wissen von Mitt Romneys Ausfällen bei einem Spenden-Dinner, den antisemitischen Pöbeleien des ehemaligen Dior-Designers John Galliano in einem Pariser Café. Einmal digitalisierte Dokumente der Blamage und der Demontage, Spott- und Hassvideos lassen sich rasend schnell verbreiten, ohne Aufwand kopieren, kaum noch zensieren und immer wieder präsentieren. Sie zirkulieren heute global.

## **Das Publikum wird selbst zum Akteur**

Und das einst weitgehend stumme, zur Passivität verdammt Medienpublikum wird zunehmend selbst zum Akteur, zu einem neuen Player im Wettlauf um den Scoop und die Sensation. In der Empörungsdemokratie der Gegenwart besitzt fast jeder die Instrumente, um die eigenen Botschaften in die medialen Erregungskreisläufe einzuspeisen. Man braucht keine Redaktion, keinen Sender, lediglich einen Netzzugang und ein Thema, das fasziniert und alarmiert. Nur zwei Beispiele: Ein paar Blogger waren es, die 2010 ein zunächst unbeachtet gebliebenes Radio-Interview Horst Köhlers wieder ausgruben, es als grundgesetzwidrige Rechtfertigung von Wirtschaftskriegen interpretierten und per Mail und über Twitter zahlreiche Medien auf das Thema brachten – mit der bekannten Folge des Blitzrücktritts. Und Annette Schavan wurde zunächst nur von einem anonymen Einzelnen als Plagiatoren attackiert, der sein Dossier online stellte, schließlich nachlegte; die Ministerin verlor ihr Amt.



Der Duden definiert einen „Shitstorm“ als „Sturm der Entrüstung“ in einem Kommunikationsmedium des Internets (Blogs, Facebook, Twitter o.a.), der zu einem Teil mit beleidigenden Äußerungen einhergeht.

Das Böse, das Bestialische und das Banale, die Attacken eines ekelhaften Mobs, aber auch das aufklärerische Engagement, der digitale Aufstand gegen Diktatur und Gewalt – alles ist heute gleichermaßen sichtbar, was einfach nur zeigt: Wir befinden uns in einer Phase der mentalen Pubertät im Umgang mit den neuen Medien. Mal sind es verwackelte Videobilder, die ein Kriegsverbrechen dokumentieren, dann wieder Spottbilder über irgendeinen Prominenten; mal wird der Blog einer Schülerin, die ihr furchtbares Schulessen vor aller Augen seziert, bekannt. Dann wieder entflammt ein Shitstorm gegen eine Firma, die aus guten oder schlechten Gründen im Verdacht steht, sich falsch zu verhalten.

Was sich – grundsätzlich gesprochen – beobachten lässt, ist eine Moralisierung aller Lebensbereiche, eine Neigung zum Tugendterror, der Maß und Mitte verloren hat. Warum ist das so? Moralische Empörung suggeriert ein Ad-hoc-Verstehen, liefert die Möglichkeit, sich über den anderen zu erheben und im Moment der kollektiven Wut Gemeinschaft zu finden. Sie kommt dem allgemein menschlichen Bedürfnis nach Einfachheit, der Orientierung am Konkreten, Punktuellen und Personalisierbaren entgegen, bedient die Sehnsucht nach Eindeutigkeit, dem Sofort-Urteil und der Instant-Entlarvung. Und ebendies führt uns wieder zu den neuen technischen Möglichkeiten und der radikalen Demokratisierung der Enthüllungspraxis zurück. Denn es braucht eben nur ein paar Klicks – und schon ist ein Zitat gefunden, ein Beitrag entdeckt, aus dem sich ein Widerspruch formen, der Vorwurf der persönlichen Inkonsequenz basteln lässt.

Peer Steinbrück will, so sagt er, die Banken stärker kontrollieren. Hat er nicht selbst hochbezahlte Vorträge in diesen Kreisen

gehalten? Annette Schavan verteidigt sich gegen den Plagiatsvorwurf. Hat sie nicht selbst die Abschreibereien eines Karl-Theodor zu Gutenberg in besonderer Schärfe attackiert? Die Wasser-Wein-Entlarvung („predigt Wasser, trinkt aber Wein!“), eigentlich ein archaisches Erregungsprinzip, ist heute ein Gesellschaftsspiel geworden, an dem sich jeder ohne größere zeitliche oder intellektuelle Unkosten beteiligen kann.

### In der Summe eine Skandalisierungsspirale

Es sind die technologischen Bedingungen, die medialen Konkurrenzverhältnisse, die gesellschaftlichen Moralisierungswellen im Verbund mit allgemein menschlichen Wahrnehmungsmustern, die in der Summe eine Skandalisierungsspirale in Gang setzen und eine beständig lauernde Erregungsbereitschaft erzeugen, die sich in rascher Folge neue Opfer und Objekte sucht. Die Massenmedien werden in diesem universal regierenden Kampf um Aufmerksamkeit keineswegs unwichtig; das glauben nur aufgeregte Social-Media-Berater, die mit solchen Ansagen ihr Geld verdienen müssen. Die rein netzinterne Erregung, so lässt sich zeigen, verpufft in der Regel sehr schnell. Die gesellschaftlich wirksame Empörung, die etwa einen Politikerrücktritt auslöst oder ein Unternehmen tatsächlich zum Handeln oder zumindest zum öffentlichen Schuldbekennen zwingt, braucht nach wie vor notwendig den Medienmix, die machtvolle Intervention von Zeitungen, Fernsehsendern, Radiomachern. Klassische Leitmedien, etablierte Online-Magazine und das aus der Ohnmacht entlassene Publikum bilden im digitalen Zeitalter vielmehr ein Wirkungsnetz eigener Art – und alle gemeinsam verändern sie die klimatischen Verhältnisse

in dieser Republik. Die Folgen: Es regiert, erstens, ein neuer Geschwindigkeitsrausch, ein allgemeiner Schnelligkeitswettbewerb – und zwar universal und in allen Medien. Es dominiert, zweitens, bei Politikern und Unternehmen eine neue Ängstlichkeit, eine verzagte Verkrampftheit, will man doch nicht derjenige sein, der die digitale Normpolizei und den nächsten Shitstorm provoziert. Und es zeigen sich, drittens, neue Asymmetrien, für unsere aktuelle Medienwirklichkeit charakteristische Missverhältnisse zwischen Ursache und Wirkung, Anlass und Effekt. Schon ein einzelner, idiotischer Filmtrailer, in dem der Prophet Mohammed verunglimpft wird, kann blutige, mörderische Gewaltausbrüche hervorrufen und im Extremfall in einem globalen Hassbeben enden.

Allerdings: Auf ein Leben im Wirkungsnetz plötzlich aufschäumender medialer Aufmerksamkeitsexzesse ist niemand wirklich vorbereitet. Die Phase der mentalen Pubertät im Angesicht der digitalen Revolution könnte nur einem reiferen Gebrauch weichen, wenn jeder versteht, dass er selbst zum Sender geworden ist und darüber entscheidet, was öffentlich wird – die böse Botschaft, die kluge Idee oder eben der gänzlich irrelevante Quatsch. ■



## Willkommen Marie-Luise Dött

MdB, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Ich bin Mitglied der Senioren-Union, weil ich mich noch lange nicht zur Ruhe setzen, sondern weiterhin Verantwortung übernehmen und Gesellschaft und Politik mitgestalten möchte.“

# Notizen aus der Geschäftsstelle

## Liebe Mitglieder und Freunde der Senioren-Union,

in der letzten Ausgabe hatte ich schon einmal aufmerksam gemacht auf die Spenden-Möglichkeit unter [www.senioren-union.de](http://www.senioren-union.de) – und darauf, dass wir im Internet „frischer“ werden wollen.



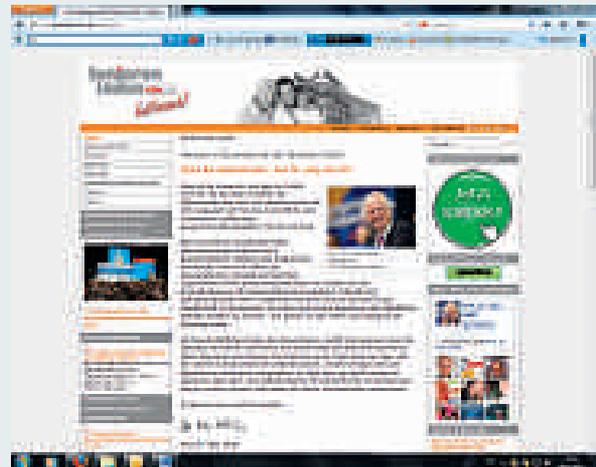
Im Deutschen Fundraising Magazin ist nunmehr unsere Senioren-Union sogar als positives Beispiel erwähnt worden – unter dem Motto „Kein Bock auf Kaffeekränzchen – Generation 50plus im Netz“ wird anhand unserer Internet-

seite beispielhaft belegt, dass Spenden an die Senioren-Union auch online möglich sind, dass ältere Menschen sich eben auch mit dem Internet auseinandersetzen, ja

die Möglichkeiten des Internets aktiv nutzen!

Interessant erscheint mir dabei, dass die Grenze zwischen jungen und älteren Menschen dabei schon mit 50 Jahren gezogen wird. Ab 60 Jahren kann man Mitglied der Senioren-Union werden. Finden Sie das gut so? Liegen die Betreiber von Internetportalen, die sich an die „Generation 50plus“ richten, mit ihrer Einschätzung richtig? „Alter ist zumeist eine Frage der Einstellung“, wie mein damals fast 90-jähriger Großvater uns neun Enkelkindern immer wieder erklärte, sofern Körper und Geist „mitspielen“. Sie als Mitglied der Senioren-Union sind aktiv, gehören zu denen, die mehr machen als viele andere. Und wir wollen Ihnen gerne immer wieder Ansatzpunkte liefern, Neues zu entdecken, hier in Souverän und über das Internet.

Wir freuen uns also, wenn auch Sie von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen und den Spenden-Button (Spenden-Knopf), bei uns im Internet betätigen! Auch für die



Neugestaltung des Internetauftritts der Senioren-Union der CDU Deutschlands kommt diesem Angebot eine besondere Bedeutung zu. Das professionelle Gestalten einer Internetseite kostet Geld, und anders als bei Autos wird eine Internetseite nicht erst in 30 Jahren zum „Oldtimer“. Die letzte grundlegende Überarbeitung unserer Internetseite liegt ca. fünf Jahre zurück – bezogen auf die vielen neuen Entwicklungen, ist sie ein Oldtimer. Und daher für den täglichen Gebrauch nicht mehr so geeignet. Ein neues Modell muss her. Viele Verbände im ganzen Land haben es schon vorgemacht. Wir arbeiten daran. Wie überhaupt das Internet vielen Unkenrufen zum Trotz ja immer wichtiger wird. Kinder im Vorschulalter können heute wie ganz selbstverständlich mit Smartphones etwas anfangen, und keiner, der heute (noch) unter 60 Jahre alt, ist wird künftig auf die Nutzung des Internets verzichten wollen – das wollen wir als Vereinigung mit unserer Geschäftsstelle berücksichtigen. Künftig wird das Internet also auch unsere Arbeit für Sie vermehrt prägen. Von den etwa 57 000 Mitgliedern der Senioren-Union erreichen wir heute fast 12 000 via E-Mail, also mehr als jedes fünfte Mitglied. Laut Branchenverband BITKOM nutzen aber bereits 42 Prozent der über 60-jährigen das Internet dazu, sich politisch zu informieren. Wenn Sie mögen, schicken auch Sie uns Ihre E-Mail-Adresse an [senioren-union@cdu.de](mailto:senioren-union@cdu.de) – für weitere Informationen.

Starten Sie gut in den Sommer!  
Im Namen des Teams  
der Bundesgeschäftsstelle,  
**Ihr Jan Christian Janßen**  
Bundesgeschäftsführer

## Die Senioren-Union trauert um Friedhelm Görgens



Mit tiefer Bestürzung hat der Bundesvorstand der Senioren-Union die Nachricht aufnehmen müssen, dass Friedhelm Görgens am 27. März 2013 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

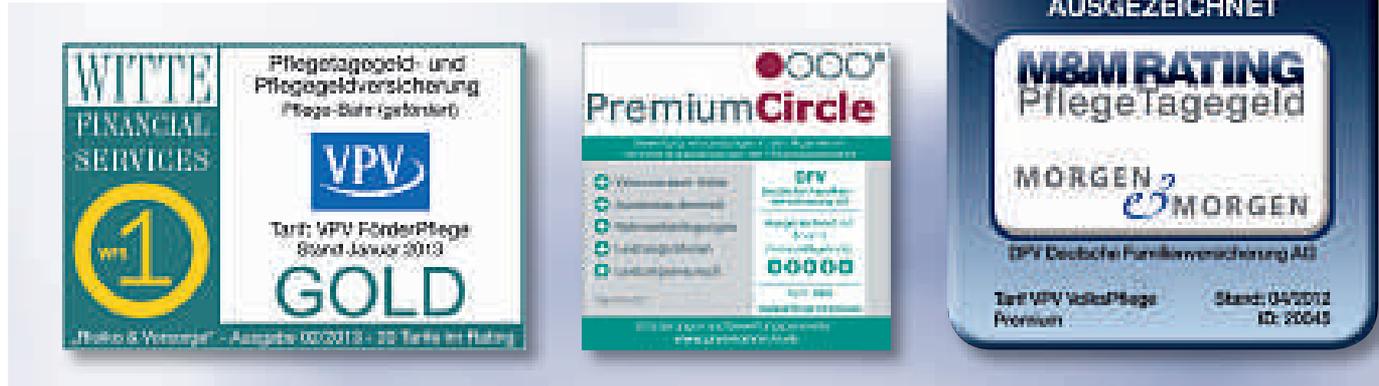
Aufgewachsen in Langenfeld-Berghausen, studierte Görgens Geschichte, Germanistik und politische Wissenschaft an der Universität zu Köln. 1967 wurde er Mitglied der CDU Nordrhein-Westfalen und engagierte sich in der Jungen Union. Der ehemalige Pressesprecher der CDU Rheinland unter Heinrich Köppler

und Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion unter Kurt Biedenkopf und Dr. Bernhard Worms war seit 1969 als Journalist tätig, zuletzt als Fernsehmoderator bei „Center TV“.

Friedhelm Görgens hat in der CDU und ihren Vereinigungen in den vergangenen 45 Jahren an vielen Stellen wertvolle Arbeit geleistet. So war er unter anderem Chefredakteur des Magazins „SOZIALE ORDNUNG“ der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Deutschlands und Pressesprecher der Senioren-Union Deutschlands. Sein kommunales Engagement fand nicht nur Ausdruck in einer langjährigen aktiven Mitarbeit in der Kommunalpolitischen Vereinigung, sondern auch als ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Heimatstadt Langenfeld/Rheinland von 1989 bis 1994. Die Senioren-Union verliert in Friedhelm Görgens einen guten und treuen Freund.

Leistungen der VPV-FörderPfleger überzeugen im WFS-Leistungsrating

# VPV mit neuem staatlich geförderten Pflegeetarif



Kaum auf dem Markt und schon mit Gold ausgezeichnet: Das Leistungsspektrum der neuen staatlich geförderten Pflegezusatzversicherung VPV-FörderPfleger der VPV-Versicherungen erhielt im unabhängigen WFS-Leistungsrating die Bestnote. Kombiniert mit dem Ergänzungstarif VPV-FörderPfleger+, bietet die VPV-FörderPfleger sogar weltweiten Versicherungsschutz – und das ohne die übliche Wartezeit. Etwa jede zweite Frau und jeder dritte Mann werden zum Pflegefall – eine dramatische Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die so entstehenden Kosten oft nicht mit einer Pflegepflichtversicherung abgedeckt werden können. Das hat auch der Staat erkannt und fördert die private Pfl-

gezusatzversicherung wie die VPV-FörderPfleger mit 60 Euro jährlich. Die übliche Wartezeit entfällt bei der VPV-FörderPfleger im Fall einer unfallbedingten Pflegebedürftigkeit. Insgesamt ein Leistungsumfang, der im WFS-Rating von Pflege-Bahr-Versicherungen die höchste Ratingstufe Gold erreichte. Die VPV-FörderPfleger ist ein gemeinsames Produkt der VPV-Versicherungen und der Deutschen Familienversicherung. Zusammen mit dem Ergänzungstarif VPV-FörderPfleger+ können dessen Leistungen sogar noch deutlich erweitert werden. „Wir leisten dann ohne Wartezeit und unabhängig vom Ort der Pflege und gewähren zudem im Pflegefall vollständige Beitragsfreiheit.

Das gilt übrigens auch bei Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit“, beschreibt VPV-Vertriebsvorstand Lars Georg Volkmann das zusätzliche Spektrum. „Interessant ist auch, dass für den Teil der VPV-FörderPfleger+ eine Verdoppelung der Leistung bei Demenz vereinbart werden kann.“ Volkmann ist sich sicher, mit der VPV-FörderPfleger und der VPV-FörderPfleger+ auf großes Interesse zu stoßen: „Obwohl der Bedarf da ist, haben derzeit noch erstaunlich wenige Deutsche eine private Pflegeversicherung abgeschlossen.“

**Bei Interesse und Fragen können Sie sich gerne an das VPV-Servicecenter wenden. Tel.0711/1391-6000.**

## VPV-FörderPfleger

VPV-Versicherungen  
Kundenservice  
Postfach 31 17 55  
70477 Stuttgart

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder per Fax an 0711 / 1391-60 01. Sie erreichen uns auch telefonisch unter 07 11 / 13 91-6000.

Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Straße/Hausnr. PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV-Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart, oder per E-Mail an: info@vpv.de, widerrufen werden.



## GRAND HOTEL AUF SEE

Stilvolles Ambiente, vornehme Eleganz und modernste Technik machen die DEUTSCHLAND zu einem Kreuzfahrtschiff der Extraklasse. Überall an Bord spüren Sie den unnachahmlichen Charme eines klassischen Grandhotels, ein hohes Maß an Gastlichkeit und einen unauffälligen, liebevollen Service. Dafür erhält die DEUTSCHLAND regelmäßig höchste Auszeichnungen (u.a. „5-Sterne Elite“ in Koehlers Guide Kreuzfahrt 2012 und 2013, „Six Star Diamond Award 2011-2013“ der American Academy of Hospitality Sciences und „Schiff des Jahres 2012“ im Schlummer Atlas).

**UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:**  
**5% Preisnachlass** auf die Passage.

**5% Kombirabatt** bei Buchung beider Reisen.

### TREUERABATT:

Für Kunden, die schon öfter mit der Reederei Peter Deilmann gefahren sind. Bitte fragen Sie uns nach dem Treuerabatt.

## DIE GROSSE OSTSEEREISE

441 VON TRAVEMÜNDE NACH TRAVEMÜNDE

12.08.2013 – 25.08.2013



Die DEUTSCHLAND liegt in Travemünde an der „Vorderen Reihe“ mit Blick auf die Promenade und das historische Segelschiff Passat. Mit der Traumschiffmelodie beginnt eine Reise rund um das Baltische Meer, die keine Wünsche offenlässt.

In Danzig gehen durch das „Grüne Tor“ und über den „Langen Markt“. Entlang des Kurischen Haffs und auf der Kurischen Nehrung erreichen Sie Nida, den Ort, wo schon Thomas Mann Urlaub machte und einige seiner berühmtesten Werke schrieb. Viel Zeit können Sie sich für St. Petersburg nehmen. Alle wichtigen Sehenswürdigkeiten stehen im Ausflugsprogramm der DEUTSCHLAND, begleitet von fachkundigen Reiseleitern. Kirchen, Paläste, Museen oder ganz einfach eine Fahrt auf den malerischen Kanälen der ehemaligen Zarenmetropole. Für jeden ist etwas dabei.

**14 TAGE, 2-BETT-KABINE PRO PERSON AB € 3.370,-**



★★★★★

Reederei Peter Deilmann GmbH

**UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:  
5% PREISNACHLASS AUF DIE PASSAGE**

## NORDISCHE METROPOLN

442 VON TRAVEMÜNDE NACH KIEL

25.08.2013 – 03.09.2013



**D**iese Kreuzfahrt mit dem Traumschiff steht ganz im Zeichen der schönsten Städte des Nordens. Jede ist ein geschichtliches Juwel. In Kopenhagen lebte der berühmte Dichter Hans Christian Andersen. Besuchen Sie sein Haus am Nyhavn. Nach einem sonnigen Tag auf See stehen die zahllosen Inseln im Schärengebiet vor Stockholm als unvergessliches Glanzlicht auf dem Programm. Auf den Außendecks der DEUTSCHLAND sitzen Sie bei diesem Naturschauspiel in der ersten Reihe.

In Helsinki ist schon der Hafen sehenswert. Das bunte Markttreiben, der Esplanaden Park liegt in Sichtweite, und die orthodoxe Uspenskiathedrale erinnert an die lange russische Tradition Finnlands. Die Metropolen der Ostsee sind Reiseziele, die immer wieder aufs Neue begeistern.

**10 TAGE, 2-BETT-KABINE PRO PERSON AB € 2.340,-**

### PREISE PRO PERSON IN EURO

Kat.	Kabine	Deck	441	442
A	Kabinett 2-Bett-innen	4	3.370,-	2.340,-
B	Kabinett 1-Bett-innen	4	3.890,-	2.720,-
C	Komfort 2-Bett-außen	4	4.240,-	2.950,-
D	Komfort 1-Bett-außen	4	5.450,-	3.790,-
E	Klassik 2-Bett-außen	4	5.120,-	3.560,-
F	Kabinett 1-Bett-innen	5	4.860,-	3.380,-
G	Komfort 2-Bett-außen	5	5.380,-	3.740,-
H	Klassik 2-Bett-außen	5	5.900,-	4.100,-
I	Klassik 2-Bett-außen	7	6.680,-	4.640,-
K	Klassik 2-Bett-innen	8	4.340,-	2.990,-
M	Klassik 2-Bett-außen	8	7.060,-	4.900,-
N	Luxus 2-Bett-außen	8	7.840,-	5.440,-

**Auch als Kombireise buchbar – ab € 5.423,-**

### BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:

- Die grosse Ostseereise Travemünde – Travemünde (12.08.-25.08.13)  Nordische Metropolen Travemünde – Kiel (25.08.-03.09.13)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

 2-Bett-Kabine  Einzelkabine Deck \_\_\_\_\_ Preis pro Person \_\_\_\_\_

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

**Kleinmoor-Kreuzfahrten** • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660

Kernfusion:

# Fortschritt in kleinen Schritten

Die Diskussionen um die Energiewende und den möglichst breiten Einsatz erneuerbarer Energien haben hierzulande den Blick für weitere Optionen nahezu vollständig verstellt. Souverän sprach vor diesem Hintergrund mit Prof. Dr. Friedrich Wagner vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald über das Thema Kernfusion.

**Souverän: Herr Professor Wagner, schon seit vielen Jahren genießt die Kernfusion den Ruf eines Hoffnungsträgers für die Energieversorgung der Zukunft. Von spektakulären Fortschritten oder gar einem Durchbruch indes hört man nichts. Wie ist der aktuelle Forschungsstand?**



Prof. Wagner: Das Ziel der Fusionsforschung ist es, Wasserstoffatome – Deuterium und Tritium – zu Helium zu verschmelzen und so die Prozesse im Zentrum der Sonne auf der Erde nachzuahmen. Dazu wird der Brennstoff in einen magnetischen Käfig eingeschlossen und auf Zündtemperaturen von 100 Millionen Grad aufgeheizt. Die Ergebnisse der internationalen Fusionsforschung haben es möglich gemacht, ein erstes Fusionstestkraftwerk – mit Namen ITER – zu bauen. Es entsteht zurzeit in Frankreich und soll für 30 Minuten 500 Megawatt Fusionsleistung erzeugen. Die Entwicklung der Fusionsenergie dauert länger, als dies in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts erwartet wurde. Ein wichtiger Grund ist: Im Plasma – also dem Sonnenmedium – gibt es Instabilitäten und turbulente Bewegungen. Die Turbulenz führt zu erhöhten Energieverlusten des Plasmas, d.h., es wird zu schnell kalt. Dies muss man durch die Größe der Anlage kompensieren. Während Enrico Fermi das Prinzip des Spaltreaktors auf dem Niveau weniger Watt nachweisen konnte, verlangt die Fusion dafür gleich ein ausgereiftes Kraftwerk. Ähnlich wie die Entwicklung von Batterien, Brennstoffzellen oder die großtechnische Nutzung des Fischer-Tropsch-Verfahrens für die Bioenergie muss die Fusionsforschung viele physikalische und technische Detailfragen lösen. Der Fortschritt vollzieht sich daher in kleinen Schritten, nicht in großen Durchbrüchen. Um Risiko und Kosten zu minimieren und die Erfahrungen zu teilen, arbeiten die Fusionsforscher weltweit zusammen. Der Testreaktor ITER zum Beispiel wird von Europa, den USA, Russland, Japan, Südkorea, China und Indien gemeinsam bezahlt, gebaut und später betrieben.

## **Wo steht die Fusionsforschung weltweit?**

Fusionsforschung wird in allen großen Ländern betrieben; die sieben ITER-Partner repräsentieren 60 Prozent der Weltbevöl-



kerung. Gerade bevölkerungsreiche Länder wie China und Indien sind sehr engagiert: In Südkorea verpflichtet sogar seit 2007 ein Gesetz zur Entwicklung dieser Energiequelle, in China spielt die Fusion eine wichtige Rolle im National Science Facility Strategy Plan des Staatsrates. Die einst führenden Länder USA und Russland fallen dagegen zurück – möglicherweise, weil sie angesichts ihres Reichtums an fossilen Brennstoffen wenige Anreize verspüren, neue Energiequellen zu entwickeln.

## **Würden mehr finanzielle Mittel den Forschungsfortschritt signifikant erhöhen können?**

Diese Frage hätte man Mitte der 1970er Jahre, nach der ersten Energiekrise, sicher bejahen können. Damalige Strategien sahen den Abschluss der Fusionsforschung für das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vor. Aber mit dem Ende der Krise verschwanden der politische Wille und mit ihm etwa 90 Prozent der notwendigen Finanzierung. Heute lässt sich die Entwicklung eines Fusionskraftwerks mit mehr Geld bestenfalls um zehn Jahre verkürzen. Man könnte dann die technologischen Fragen, insbesondere die Materialfragen, mit größerem Nachdruck vorantreiben.

## **Für wann ist aus heutiger Sicht frühestens mit einem kommerziellen Einsatz der Kernfusion zu rechnen?**

Alle Länder, die Fusionsforschung betreiben, haben einen „Fahrplan“ zum Ziel. In Asien ist man etwas ambitionierter als in den alten Industrienationen – was kaum überraschen kann. Die Entwicklung ist getaktet durch den Bau und anschließen-



**Kernfusion ist Hightech:  
Blick in das Plasmagefäß  
der Fusionsanlage ASDEX**

den Betrieb von ITER, der etwa 2020 in Betrieb gehen soll, und den darauf folgenden Betrieb eines Demonstrationskraftwerks DEMO. In asiatischen Ländern existieren bereits Institute und neue nationale Strukturen, die sich mit der DEMO-Entwicklung befassen, aber auch Europa ist auf einem guten Weg. Es ist zu erwarten, dass die Entwicklung Mitte des Jahrhunderts abgeschlossen sein wird.

**Wie würde sich denn die Kernfusion in die Stromwirtschaft einfügen? Wird sie nur Grundlastkraftwerke ersetzen oder auch in der Mittellast zum Einsatz kommen können?**

Fusionskraftwerke werden eine elektrische Leistung von rund einem Gigawatt liefern. Damit passen sie gut in das bestehende Stromnetz; Netzerweiterungen sind nicht nötig. Die Anlagen werden niedrige Betriebskosten, insbesondere geringe Brennstoffkosten, besitzen, aber hohe Kapitalkosten. Daher ist es wichtig, die Anlagen als Grundlastkraftwerke zu betreiben.

**Wie ist die Fusion unter Klima- und Nachhaltigkeitsaspekten zu bewerten? Wäre sie den Erneuerbaren sozusagen ebenbürtig?**

Die wesentlichen Eigenschaften sind naturgesetzlich gegeben. Weil bei der Fusion Energien des Atomkerns und nicht der Hülle freigesetzt werden, sind die stofflichen Umsätze gering: Ein Gramm Brenn-

stoff könnte in einem Kraftwerk so viel Energie freisetzen wie elf Tonnen Kohle. Überlegungen zur Sicherheit gelten dem radioaktiven Tritium und den energiereichen Fusionsneutronen, welche die Wände des Plasmagefäßes aktivieren. Ein Fusionskraftwerk kann so konstruiert werden, dass es keine Energiequellen enthält, die – wenn sie außer Kontrolle geraten – eine Sicherheitshülle von innen zerstören könnten. Ein Unfall mit katastrophalen Folgen, etwa wie in Tschernobyl oder Fukushima, ist aus prinzipiellen physikalischen Gründen unmöglich. Klimaschädliche Emissionen treten nicht auf.

Als radioaktiver Abfall bleiben die Wände des Plasmagefäßes zurück, die nach Betriebsende zwischengelagert werden müssen. Die Aktivität des Abfalls nimmt rasch ab, nach etwa 100 Jahren auf ein Zehntausendstel des Anfangswerts. Nach 100 bis 500 Jahren Abklingzeit ist der radioaktive Inhalt bereits vergleichbar mit dem Gefährdungspotenzial der gesamten Kohleleasche aus einem leistungsgleichen Kohlekraftwerk, die stets natürliche radioaktive Stoffe enthält. Werden entsprechende Rezyklierungstechniken angewandt, wäre nach 100 Jahren Abklingzeit kein Abfall mehr zu isolieren. Das gesamte Material wäre dann freigegeben bzw. in neuen Kraftwerken wieder verwendbar.

Die Sicherheitsaspekte der Fusion wurden durch die kürzlich abgeschlossene Lizenzierung von ITER in Frankreich bestätigt. Mit diesen günstigen Eigenschaften und ihrem nahezu unerschöpflichen Brennstoffreservoir könnte die Fusion eine der Stützen einer nachhaltigen Energieversorgung werden.

**Wie stehen Sie persönlich zur Energiewende? Ist das Grundkonzept richtig?**

Zweifelsohne muss die Energieversorgung weg von fossilen Brennstoffen, die heute zwar die Wirtschaft am Laufen halten, jedoch die Umwelt belasten. Für ein hochentwickeltes, aber ressourcenarmes Land mit starker Sozialverpflichtung wie Deutschland ist ein gesamtverantwortlicher Technikwechsel wichtig. Bislang vollzieht sich die Energiewende jedoch überhastet und ohne Abstimmung mit den europäischen Nachbarn. Im übertragenen Sinn werden Autos gebaut, aber kaum Straßen. Die fehlende Abstimmung führt zu einer deutschen Insellösung: An den Grenzen errichten unsere Nachbarn zum Beispiel sogenannte Phasenschieber, um ihre Netze vor dem unerwünschten Über-

fluss-Strom aus Deutschland, der in der Regel nur durchgeleitet wird, zu schützen. Eine solche Insellösung kann für andere nicht modellhaft werden.

Eine ausschließlich auf intermittierenden Energiequellen beruhende Versorgung ist eine gewaltige Herausforderung: Es ist zwar kein prinzipielles Problem, Strom zu 100 Prozent regenerativ zu erzeugen, wenn man den Verlust an Kulturlandschaft akzeptiert. Weil die Verfügbarkeit von Wind und Sonne in Deutschland jedoch gering ist, wären übergroße, weit über das heutige Maß hinausgehende Kapazitäten nötig. Zugleich muss das Netz für Leistungen ausgebaut werden, die viel höher sind als zur Versorgung eigentlich notwendig. Ohne geeignete Speicher – deren großtechnische Realisierung Jahrzehnte braucht – müssten zudem konventionelle Kraftwerke als Puffer weitgehend erhalten bleiben. Alle Systemkomponenten einer primär regenerativen Versorgung sind nicht wirtschaftlich zu betreiben. In einer stark von erneuerbaren Energien dominierten Stromwirtschaft würden Fusionskraftwerke die Lage deutlich entspannen – als klimafreundlicher Garant für die Grundlast und als Puffer für die von der Witterung abhängigen Wind- und Sonnenkraftwerke. ■

*Mehr zur Fusionsenergie und den Eigenschaften einer Versorgung mit erneuerbaren Energien finden Sie unter:*

<http://edoc.mpg.de/display.cgi?mode=doc&id=627939&col=33&grp=1311#cb>

<http://edoc.mpg.de/display.cgi?mode=doc&id=618631&col=33&grp=1311#cb>

Elbe

**Seniorenwohnungen  
„Bellevue“**  
Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**  
Von Privat zu vermieten  
**2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.**  
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.  
Betreuung möglich.  
**Alten- u. Pflegeheim gegenüber.**

**Gratisprospekt:  
Tel. (05862) 97550**  
[www.peter-schneeberg.de](http://www.peter-schneeberg.de)

Professor-Wohltmann-Straße

Für Umweltschützer sind sie ein rotes Tuch, doch werden wir auf Stein- und Braunkohlekraftwerke so schnell nicht verzichten können. 2011 trugen sie fast die Hälfte zur deutschen Stromerzeugung bei. Da künftig auch der Atomstrom ersetzt werden muss, wird Kohle auf absehbare Zeit ein wichtiger Faktor bleiben. Neue Techniken sollen die Kohle deshalb effizienter und klimafreundlicher machen.

Man sieht dem dünnen Metallstab an, dass er aufs Äußerste gespannt ist. Dunkelrot glimmt er zwischen zwei Klemmen im Siemens-Werkstofflabor in Mülheim an der Ruhr, erhitzt auf 700 Grad Celsius, unerbittlich nach unten gezogen von schweren Gewichten. „Das reißt in ein paar Tagen“, ist sich Hans Hanswillemenke sicher. In der Versuchsapparatur hinter dichten Plexiglasfenstern erprobt er einen möglichen Werkstoff für das Kohlekraftwerk der Zukunft. Das muss deutlich effizienter werden als heutige Kraftwerke, um möglichst wenig Brennstoff zu verbrauchen und das Klima nicht über Gebühr zu belasten. Vorstellbar ist das nur bei hohen Drucken und Temperaturen des Dampfes, denen die bisher in den Turbinen verwendeten Metalle nicht standhalten.

Es ist ein Grundgesetz der Physik: Der Wirkungsgrad einer Turbine, also das Verhältnis von gewonnener Energie und eingesetzter Brennstoffmenge, steigt proportional mit der Temperatur, mit der der Dampf unter hohem Druck in die Turbine strömt. Dabei sind die Techniker bereits heute stolz auf das in den letzten Jahrzehnten Erreichte. Lag der Wirkungsgrad eines neuen Steinkohle-Kraftwerks noch vor 25 Jahren bei bescheidenen 35 Prozent, so ist er bei jüngst in Betrieb gegangenen Meilern auf 46 Prozent angewachsen. Mehr geht mit den bisher eingesetzten, erprobten Werkstoffen nicht, bei 600 Grad Celsius und 285 Bar Druck ist deren Leistungsfähigkeit am Ende. Soll, wie angestrebt, der Wirkungsgrad in den nächsten Jahren auf mehr als 50 Prozent steigen, müssen neue,

extrem widerstandsfähige Werkstoffe her, die auch bei Temperaturen von 700 Grad Celsius und Drucken von bis zu 350 Bar dauerhaft nicht versagen. Geeignet erscheinen Kombinationen von Legierungen, die nicht wie bisher auf Eisen-, sondern auf Nickelbasis funktionieren: hochfestes Nickel, vermischt mit Chrom und nur noch einer Prise Eisen. Genau derartige Legierungen werden im Mülheimer Werkstofflabor systematisch der Folter unterzogen, um den optimalen Mix zu finden, der für den Dauerbetrieb von mindestens 200 000 Betriebsstunden, die eine Turbine laufen muss, geeignet erscheint. Bereits seit 2005 läuft ein Versuch im Block F des Eon-Kraftwerks Scholven in Gelsenkirchen, um einzelne Komponenten des 700-Grad-Kraftwerks im Dauerbetrieb zu erproben. Gefördert von der Europäischen Union, werden dort systematisch einzelne Komponenten bei 700-Grad-Betrieb getestet, unter anderem eine Kesselversuchsanlage und Frischdampfleitungen, wie auch ein Turbinenventil aus einer Nickelbasislegierung. Das Hauptproblem

#### Stromwirtschaft:

# Wie sauber geht

sind die Kosten. Die neue Legierung kostet bis zehnmal so viel wie der heute verwendete Chromstahl. Deshalb experimentieren die Turbinenbauer: Reicht es nicht, wenn nur die hochempfindlichen Teile, die direkt mit dem Dampf in Berührung kommen, aus der teuren Legierung bestehen? Die Techniker erproben entsprechende Verarbeitungstechniken, um beispielsweise das Problem in den Griff zu bekommen, dass die verschiedenen Metalle sich verschieden ausdehnen, wenn sie erhitzt werden. Derzeit wird damit gerechnet, dass Mehrkosten von etwa 15 Prozent nicht zu vermeiden sind. Zu viel?

Noch in diesem Jahrzehnt sollte ein Modellkraftwerk in Betrieb gehen, das der Konzern Eon in Wilhelmshaven bauen wollte, als Nachfolger des alten, seit 1975 laufenden Kraftwerks am gleichen Standort, dessen Lebensdauer 2021 endet. Doch im April 2010 wurden die Pläne erst einmal verschoben. Noch erscheint die neue



Technik als zu teuer und zu wenig erprobt, lautet das Urteil aus der Eon-Zentrale. Die Entscheidung soll jetzt um das Jahr 2015 fallen.

Umweltschützer sähen Kohle gern komplett gebannt, weil deren Nutzung selbst im Vergleich zu Gas besonders viel Kohlendioxid in die Atmosphäre bläst. Ist das vorläufige Aus für das hocheffiziente deutsche Modellkraftwerk auch ein Signal dafür, dass Kohlekraftwerke in Deutschland insgesamt eine unsichere Zukunft haben werden? Doch so schnell werden wir auf Kohle nicht verzichten können. Im letzten Jahr trugen Stein- und Braunkohle gemeinsam fast die Hälfte zur deutschen Stromerzeugung bei – die erneuerbaren Energien erreichten 20 Prozent. Selbst wenn das Ziel der Bundesregierung, diesen Anteil bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen, erreicht wird, wird Kohle in den nächsten Jahrzehnten noch ein wichtiger Faktor bleiben – zumal bis 2022 auch die 20 Prozent Kernenergiestrom ersetzt werden müssen,



# Kohle?

die durch den Atomausstieg, den Deutschland nach der Katastrophe in Fukushima beschlossen hat, wegfallen werden.

Weltweit ist die Kohle ohnehin weiter „im Kommen“. In China beispielsweise geht immer noch durchschnittlich jede Woche ein Kohlekraftwerk ans Netz, und nur wenige haben den derzeit in Deutschland üblichen Wirkungsgrad von 46 Prozent. Ähnlich Indien. Viel spricht also dafür, dass das 700-Grad-Modellkraftwerk doch noch gebaut wird – in Deutschland oder vielleicht in China.

Um Effizienzgewinne zu erreichen und den Kohlendioxid-Ausstoß zu reduzieren, steht das 700-Grad-Kraftwerk allerdings weltweit in Konkurrenz zu anderen Technologien. Lange Zeit galten sogenannte IGCC-Kraftwerke (Integrated Gasification Combined Cycle) als Kohlekraftwerke der Zukunft. Dabei wird Kohle zunächst in ein Synthesegas verwandelt. Das kann dann in einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD) verbrannt werden, das technisch

erprobt bei der Erdgasverbrennung seit langem eingesetzt wird. Hier sind dann Wirkungsgrade von mehr als 50 Prozent bereits Stand der Technik. Doch werden diese Wirkungsgradgewinne durch die vorgeschaltete energieintensive Vergasung wieder deutlich kompensiert, das Verfahren ist zudem deutlich teurer als die Kohleverbrennung.

Worin liegt der Charme der IGCC-Technik? Das bei der Verbrennung entstehende Kohlendioxid kann einfach aus dem Kohlegas abgetrennt und anschließend in geeigneten Kavernen unterirdisch endgelagert werden. Das senkt den Wirkungsgrad der Gesamtanlage zwar weiter, entlastet aber das Klima. Mit heute bereits existierenden Modellanlagen können rund 85 Prozent des Klimaschädling abgetrennt werden, das entspricht verbleibenden Emissionen von weniger als 100 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde. Der Pferdefuß: Das Verfahren der Endlagerung von Kohlendioxid ist hart umstritten, jedenfalls in Deutschland. Es gibt Bedenken, dass das Klimagift nicht dauerhaft im Untergrund verbleibt oder das Grundwasser gefährdet.

Noch ist deshalb nicht klar, wie das effiziente und klimafreundliche Steinkohlekraftwerk der Zukunft aussehen wird: Die 700-Grad-Technik mit Wirkungsgraden

von mehr als 50 Prozent und die IGCC-Technik mit Kohlendioxid-Abscheidung, aber Effizienzverlusten, könnten das Rennen machen.

Und Braunkohle? Sie gilt vielen als Paria unter den Brennstoffen, entsteht bei ihrer Verbrennung doch spezifisch noch mehr Kohlendioxid als selbst bei der Steinkohle. Doch verfügt Deutschland über ausreichend Braunkohle-Lagerstätten, Braunkohle ist – neben den erneuerbaren Energien – der einzig wirkliche heimische Energieträger, den wir in Deutschland haben. Kein Wunder, dass hierzulande nach Verfahren gesucht wird, ihren Einsatz effizienter zu machen. Erfolgreich: Die beiden hochmodernen Braunkohlekraftwerke mit optimierter Anlagentechnik (BoA), die in den letzten Jahren in Niederaußem und Neurath im rheinischen Revier ans Netz gingen, erreichen Wirkungsgrade von 43 Prozent und ersetzen damit alte Kraftwerke, die zehn Prozentpunkte weniger aufwiesen. Im Vergleich zu Blöcken älterer Bauart reduziert RWE mit der BoA-Technikoptimierung die Kohlendioxidemissionen um runde 30 Prozent.

Weitere Fortschritte verspricht die Braunkohletrocknung. Braunkohle ist sehr wasserreich, und bei der Verbrennung im Kraftwerk verdampft dieses Wasser und senkt die Energieausbeute. Gelingt es, die Kohle vor der Verbrennung zu trocknen, kann die Effizienz des Kraftwerks deutlich gesteigert werden. Doch Braunkohletrocknung ist teuer, weil das Verdampfen des Wasseranteils in der Braunkohle hohe Temperaturen erfordert, die den winkenden Effizienzgewinn wieder aufzuzehren drohen. Derzeit läuft an der Technischen Universität Cottbus ein Projekt mit sogenannter Dampfwirbelschicht-Trocknung, das die Temperaturen deutlich vermindert im Vergleich zu den bislang üblichen Verfahren mit heißem Rauchgas. Derweil hat RWE „Nägel mit Köpfen“ gemacht: Eine Pilotanlage für das Wirbelschicht-Verfahren versorgt den 2003 ans Netz gegangenen 1000-MW-BoA-Block im Kraftwerk Niederaußem mit 110 Tonnen Trockenbraunkohle je Stunde und deckt damit bis zu 30 Prozent der Feuerungswärmeleistung ab. Nach Angaben von RWE befindet sich die Anlage „im planmäßigen Versuchsbetrieb“. Eröffnet sich damit eine Chance für die Braunkohle im umwelt- und klimaverträglichen Energiemix der Zukunft? ■

Der Autor: **Dr. Reinhard Klopffleisch** ist Physiker und Fachjournalist.

# „Wenn ich alle **Pillen** gegessen habe, bin ich **satt!**“

Menschen mit chronischen Krankheiten leiden zumeist nicht nur an einer, sondern an mehreren Krankheiten gleichzeitig. Dafür wird in der Medizin der Begriff ‚Multimorbidität‘ verwendet – das bedeutet das Vorliegen mehrerer chronischer Erkrankungen bei einem Patienten.

Ergebnissen internationaler Studien zufolge sind etwa 20 bis 30% der gesamten Bevölkerung davon betroffen. Da die Häufigkeit mit dem Alter deutlich zunimmt, ist etwa die Hälfte der über 65-Jährigen bereits mehrfach erkrankt, bei den über 75-Jährigen sind es sogar mehr als drei Viertel. Besonders häufig betrifft es Menschen mit niedrigem Bildungsgrad und aus niedrigen Einkommensverhältnissen. Multimorbide Patienten sterben früher als nicht-multimorbide, haben eine eingeschränkte Lebensqualität, sind öfter auf Heimpflege angewiesen, haben häufigere Arztkontakte und müssen häufiger ins Krankenhaus eingewiesen werden. So betrifft bereits heute die Mehrzahl aller Arzt-Patienten-Kontakte in der Hausarztpraxis – bis zu 80% – die Behandlung von mehrfach erkrankten Patienten, der Anteil in Krankenhäusern liegt noch darüber. Die damit verbundenen Kosten werden zunehmend als Herausforderung in allen entwickelten Industrieländern angesehen. (1), (2) <sup>1</sup>  
In verschiedenen Studien konnte ein Anstieg

der Häufigkeit von Mehrfacherkrankungen in der ersten Dekade unseres Jahrhunderts beobachtet werden. Dieser wird als Folge steigender Lebenserwartung und in Verbindung mit besseren Überlebenschancen bei chronischen Erkrankungen, wie etwa bei Herzinfarkten, gesehen. Bessere medizinische Versorgung mit technisch-apparativen und operativen Verfahren sowie medikamentöse Behandlung machen dies möglich. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist jedoch unübersehbar: eine zunehmende „Medikalisierung“ der Gesellschaft. So nehmen fast zwei Drittel aller Patienten im Alter über 70 Jahren täglich fünf oder mehr Medikamente ein, bei etwa einem Drittel sind es sogar neun Substanzen (vgl. Abb. 1 und 2). Dieser ‚Medikamenten-Cocktail‘ – in der Fachliteratur als Multimedikation oder Polypharmazie bezeichnet – ist eine typische Folge von Mehrfacherkrankungen mit teilweise gefährlichen Auswirkungen. (3)

Diese betreffen eine erhöhte Zahl von unerwünschten Arzneimittelwirkungen (sog. UAWs) und damit verbundene Ereignisse, wie Krankenhausaufnahmen und Todesfälle. So wird angenommen, dass derzeit etwa jede 15. Krankenhausaufnahme auf eine UAW zurückzuführen ist. Diese verursachen nicht nur geschätzte Kosten in Höhe von ca. 400 Mio. Euro / Jahr in Deutschland, ein (geringer) Teil der UAWs verläuft sogar tödlich (etwa zwei Prozent). Betroffen sind besonders ältere Menschen, da sie eine reduzierte Verträglichkeit von Medikamenten aufweisen, und jene, die besonders viele Medikamente einnehmen – verordnete



wie frei verkäufliche. (4),(5) Krankenhausaufnahmen und Todesfälle im Rahmen von UAW sind jedoch kein unabänderliches Naturgesetz. Nach der Einschätzung von Experten sind zwischen einem Drittel und mehr als der Hälfte der Fälle vermeidbar. Für diese Fälle werden unangemessene Verordnungen, aber auch eine mangelnde Therapietreue von Patienten angeschuldigt. Häufigste Probleme bei unangemessenen Verordnungen betreffen bei Mehrfacherkrankungen die oft fehlende Dosisanpassung bei (physiologisch) eingeschränkter Nierenfunktion im Alter, das Nicht-Beachten von Gegenanzeigen sowie Wechselwirkungen zwischen Arzneimitteln. Bei älteren Menschen ist zudem eine Reihe von Substanzen per se eher ungeeignet, weil diese bspw. häufiger zu Stürzen, zur Einschränkung der geistigen Leistungsfähigkeit oder zu Stoffwechselproblemen führen können (diese Substanzen sind in der sog. Priscus-Liste aufgeführt, eine laienverständliche Broschüre kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden: [http://www.bmbf.de/pub/priscusbroschuere\\_medikamente\\_im\\_alter.pdf](http://www.bmbf.de/pub/priscusbroschuere_medikamente_im_alter.pdf)). (6-8)

Patienten tragen ihrerseits selbst oft (unwisentlich) zu diesem Problem bei: In einer Untersuchung des Instituts für Allgemeinmedizin der Universität Frankfurt nahmen 95% der Patienten ihre Medikamente anders ein als vom Arzt verordnet. Sie berichteten ihrem Hausarzt nicht, wenn sie verordnete Medikamente nicht einnahmen, wenn sie zusätzlich frei verkäufliche Präparate einnahmen, wenn sie eigenständig die Dosis oder die Einnahmezeitpunkte verändert hatten. Zum Teil sind diese Abweichungen vom (haus-)ärztlichen Verordnungsplan unbeabsichtigt, oft stecken



Die Autorinnen: **Dr. med. Christiane Muth**, MPH (links), ist Internistin, Public-Health-Absolventin und Arbeitsbereichsleiterin „Klinische Entscheidungsunterstützung“ am Institut für Allgemeinmedizin der Goethe-Universität Frankfurt. **Marjan van den Akker** ist Epidemiologin und arbeitet in der Abteilung für Allgemeinmedizin der Universität Maastricht. Zudem unterrichtet sie am Institute for Education FHML des Medical Programme der Niederlande sowie an der Universität Leuven in Belgien.



dahin-  
ter jedoch

auch ganz grund-  
sätzliche Einstellungen zu  
Krankheit und Medikamenten.

Diese Beobachtungen decken sich mit internationalen Studien: Je größer die Zahl der eingenommenen Medikamente und je komplizierter der Einnahmeplan, desto geringer ist die Therapietreue von Patienten. Die Dimension dieses Problems wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass in Deutschland etwa jedes vierte bis fünfte Medikament auf freiverkäuflicher Basis und zumeist ohne Wissen des Arztes eingenommen wird. (9)

Hausärzte und hausärztlich tätige Internisten, die etwa zwei Drittel der in Deutschland verschriebenen Medikamente verordnen, erhalten bei der Behandlung ihrer mehrfach erkrankten Patienten keine adäquate Unterstützung. (10)

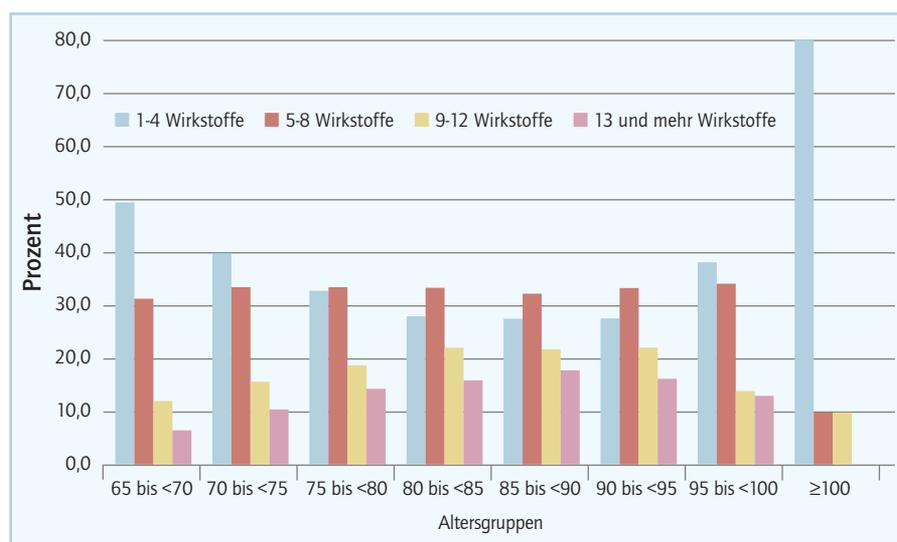
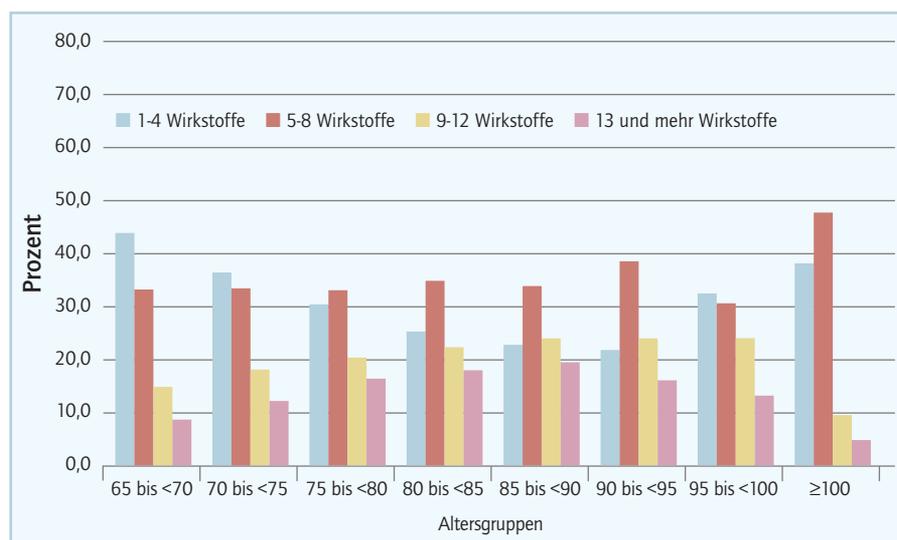
Heutige (krankheitsorientierte) Leitlinien sind bei Mehrfacherkrankungen problematisch: Sie werden zwar auf der Grundlage der bestverfügbaren Evidenz entwickelt, enthalten jedoch ganz überwiegend nur Empfehlungen zur Behandlung einzelner Erkrankungen. Das wird z.T. damit erklärt, dass derzeit in Studien, die diese Evidenz für Behandlungsleitlinien „liefern“ sollen, zumeist ältere Patienten und jene mit Mehrfacherkrankungen regelhaft ausgeschlossen werden. Werden nun bei Patienten mit Mehrfacherkrankungen unkritisch die Empfehlungen mehrerer Leitlinien gleichzeitig befolgt, resultiert daraus fast automatisch eine Multimedikation mit den oben beschriebenen Risiken. Auch die auf Leitlinien basierenden strukturierten Behandlungsprogramme, wie z.B. DMPs, enthalten derzeit keine Elemente zur Versorgung mehrfach erkrankter Patienten. Zudem fehlen geeignete Instrumente zur Unterstützung von Praxisroutinen, z.B. durch Softwareprogramme. (11)

Darüber hinaus leistet die heutige Struktur des Gesundheitswesens der Problematik Vorschub, wie vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen wiederholt angemahnt und im Sondergutachten 2009 („Koordination und Integration – Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens“; URL: [www.svr-gesundheit.de](http://www.svr-gesundheit.de)) ausführlich begrün-

det wurde. Die zunehmende Spezialisierung und Fragmentierung des Gesundheitssystems sowie bestehende Vergütungsanreize unterstützen eine vertikale, d.h. krankheitszentrierte Ausrichtung. Infolgedessen entstehen für den betroffenen Patienten zusätzlich zu den gesundheitlichen Belastungen bei einer Mehrfacherkrankung weitere Belastungen durch die medizinische Versorgung: Multimedikation, aber auch zahlreiche und oft unkoordinierte Behandlungstermine bei verschiedenen Ärzten und Therapeuten. Betroffene Patienten verbringen immer mehr Zeit damit, sich ihren gesundheitlichen Problemen zu widmen. (12;13)

In der Behandlung von Mehrfacherkrankungen ist jedoch eine patientenzentrierte Herangehensweise erforderlich, die den komplexen medizinischen, psychischen und sozialen Bedürfnissen dieser Patienten gerecht wird. Da oft nicht mehr alle Erkrankungen

behandelbar sind, ohne dafür neue gesundheitliche Risiken einzugehen (wie z.B. Wechselwirkungen zwischen Medikamenten) und die Belastungen durch medizinische Behandlungen auf ein vom Patienten akzeptiertes Maß gesenkt werden sollen, müssen Behandlungsschwerpunkte gesetzt werden. Diese Form der Prioritätensetzung kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn Präferenzen, Wünsche und Vorstellungen von Patienten berücksichtigt werden. Eine stabile wohnortnahe hausärztliche Versorgung, die eine ambulante und stationäre spezialärztliche Versorgung langfristig koordiniert und darüber hinaus weitere Gesundheits- und Sozialprofessionen einbezieht, ist dabei von zentraler Bedeutung. (12;14) Darüber hinaus gilt es, Instrumente zu entwickeln, die Ärzte bei ihren komplexen Aufgaben in der Behandlung mehrfach erkrankter Patienten unterstützen. Mit diesen



**Anteil der weiblichen Versicherten (Abb. 1) und Anteil der männlichen Versicherten (Abb. 2) mit Arzneimittelverordnungen (Arzneimittelpatienten) im Alter ab 65 Jahren und die Verteilung auf die Anzahl der Wirkstoffe in der GEK 2005**

Quelle (beide): Glaeske G., Janhsen K., GEK-Arzneimittelreport 2006. St. Augustin: Asgard-Verlag, 2006

Aufgaben sind auch die Abteilung für Allgemeinmedizin der Universität Maastricht und das Institut für Allgemeinmedizin der Goethe-Universität Frankfurt, in enger Kooperation befasst. Beide Institute untersuchen Patienten mit Multimorbidität und Multimedikation, um typische Gefahren zu erkennen und zu beschreiben. Auf der Grundlage dieser Analysen ist es möglich, Gegenmaßnahmen zu entwickeln, zu erproben und anschließend in die Routineversorgung zu implementieren. So werden derzeit an beiden Standorten in zwei großen Studien verschiedene Vorgehensweisen zur Optimierung von Multimedikation in der Hausarztpraxis untersucht.<sup>2</sup> Dabei werden auch Computerprogramme zur Erkennung von unangemessenen Verordnungen eingesetzt. Zudem wird medizinisches Assistenzpersonal mit definierten Aufgaben einbezogen, um die Hausärzte zu entlasten. Beide Institute waren zudem an der Entwicklung der weltweit ersten hausärztlichen Leitlinien zur Multimedikation beteiligt – die deutsche Leitlinie für Hausärzte kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden ([http://www.pmvforschungsguppe.de/content/03\\_publicationen/03\\_d\\_leitlinien.htm](http://www.pmvforschungsguppe.de/content/03_publicationen/03_d_leitlinien.htm)). Weitere Forschungsprojekte, wie z.B.

zur Weiterentwicklung evidenzbasierter Leitlinien für Patienten mit Mehrfacherkrankungen, sind in Bearbeitung. Zusammenfassend wird deutlich, dass eine Mehrfacherkrankung und eine damit zusammenhängende Multimedikation für die Betroffenen relevante Risiken für den Erhalt von Gesundheit und Lebensqualität mit sich bringen. Darüber hinaus stellen sie aus gesellschaftlicher Perspektive eine ernst zu nehmende Herausforderung dar, die von internationalen Experten auch als schleichende Epidemie des 21. Jahrhunderts bezeichnet wird. Es zeigt sich, dass diese Problematik hochgradig komplex ist und sich nicht (allein) auf der Ebene individueller Arzt-Patienten-Konsultationen nach heutigem Zugschnitt lösen lässt. Strategien zur Lösung dieser Probleme müssen sorgfältig entwickelt, evaluiert und in die Praxis implementiert werden. Darüber hinaus sind strukturelle Änderungen im Gesundheitswesen erforderlich, um diese neuen Versorgungsansätze erfolgreich in die Regelversorgung zu implementieren. Was Sie heute schon selbst tun können, wenn Sie von einer Mehrfacherkrankung betroffen sind – dazu haben wir einige praxistaugliche Tipps für Sie im nebenstehenden Kasten zusammengestellt. ■

<sup>1</sup> In dem Artikel wird aus Gründen einer besseren Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet. Es sind jedoch stets beide Geschlechter, d.h. Patientinnen und Patienten, (Haus-)Ärztinnen und (Haus-)Ärzte etc., gemeint.

<sup>2</sup> Die am Ende eines Absatzes in Klammern aufgeführten Ziffern entsprechen Literaturverweisen. Eine vollständige Liste der verwendeten Referenzen kann bei der Redaktion der Souverän angefordert werden.

### 5 Tipps zu mehr Sicherheit im Umgang mit Multimedikation

Besprechen Sie mit Ihrem Hausarzt / Ihrer Hausärztin,

- wenn Sie körperliche Beschwerden feststellen, die mit der Einnahme eines Medikaments einhergehen, insbesondere wenn diese in einem engen zeitlichen Zusammenhang stehen,
- wenn Sie ein verschriebenes Medikament nicht einnehmen möchten,
- wenn Sie die Dosis eines Medikaments reduzieren (oder erhöhen) möchten,
- wenn Sie frei verkäufliche Präparate einnehmen,
- wenn Ihnen von anderen Ärzten Medikamente verschrieben wurden.

# Mit einem **Hausnotruf** den Alltag im Alter meistern



Die Lebenserwartung in Deutschland wird bis 2060 um sieben Jahre ansteigen. Dann wird jeder dritte Mensch ein Rentner sein. Ältere Menschen sind damit zunehmend auf die finanzielle und körperliche Unterstützung von immer weniger jungen Menschen angewiesen. Mit einem Hausnotruf

können Senioren länger zu Hause leben, sind selbstständiger und unabhängiger. Das entlastet auch die Angehörigen.

### Hilfe auf Knopfdruck

Das bewährte System des Hausnotrufs ist einfach und effektiv. Der wie eine Armbanduhr getragene Funksender verbindet sich im Notfall sofort über die Basisstation mit der rund um die Uhr besetzten Hausnotrufzentrale. Ein geschulter Mitarbeiter klärt in einem Gespräch die Lage und schickt bei Bedarf den Bereitschaftsdienst vorbei. Dank einem hinterlegten Wohnungsschlüssel hat dieser direkten Zugang zur Wohnung.

### Problem erkannt, wer handelt?

Michaela Stevens, Geschäftsführerin der Initiative Hausnotruf, betont: „Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben und später auch zu Hause gepflegt werden. Zudem

dürfen die Angehörigen bei der Pflege nicht alleingelassen werden.“ Um für die Zukunft etwas zu bewegen, muss daher bald auf gesundheitspolitischer Ebene gehandelt werden. Die Initiative Hausnotruf fordert daher die Politik auf, die Ausstattung von Seniorenhaushalten mit Hausnotruf auf breiter Basis zu ermöglichen.

### Eine Initiative für mehr soziale und technische Innovation

Die Initiative Hausnotruf ist eine Vereinigung von professionellen Hausnotrufspezialisten, bekannten Hilfsorganisationen sowie namhaften Herstellern. Gemeinsam fördert die Interessengruppe die Vision, dass jeder Mensch in Deutschland so lange wie möglich unabhängig und selbstständig zu Hause leben kann. ■

Mehr Informationen finden Sie unter [www.initiative-hausnotruf.de](http://www.initiative-hausnotruf.de)



# HAUSRHEINBERG

HOTEL AM SEE

Jetzt auch online buchen!  
[www.hausrheinsberg.de](http://www.hausrheinsberg.de)

## KENNENLERTAGE

Sommer, Sonne, Seenlandschaft – alles was man braucht für einen erholsamen Kurzurlaub! Entdecken Sie bei uns die Naturschätze kurz vor den Toren Berlins und verbringen Sie unvergessliche Tage im HausRheinsberg.

- 3 Übernachtungen inklusive Frühstück
- 1 × Hydrojet-Überwassermassage

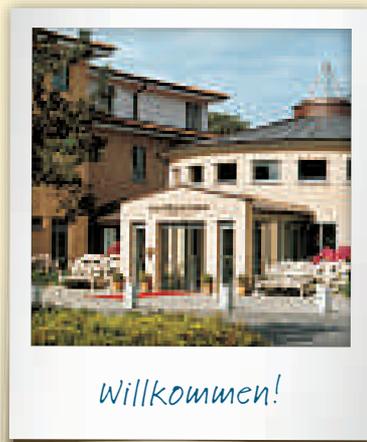
AB 199,–€

PRO PERSON

Hauptsaison gültig vom 01.05. – 30.09.2013  
Nebensaison zum Preis von 159,00 € pro Person  
vom 01.10. – 19.12.2013  
ohne Frühbuchervorteil



Seeromantik



Willkommen!



Schlosspark

Telefon  
033931-3440

HausRheinsberg Hotel am See | Donnersmarckweg 1 | D - 16831 Rheinsberg  
Tel. +49 (0)3 39 31 344 0 | Fax +49 (0)3 39 31 344 555  
[post@hausrheinsberg.de](mailto:post@hausrheinsberg.de) | [www.hausrheinsberg.de](http://www.hausrheinsberg.de)

 BARRIEREFREIE ERHOLUNG

 EIN UNTERNEHMEN DER FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG



Die ausländischen Teilnehmer der Konferenz wurden von der Präsidentin des katalanischen Parlaments (Bildmitte) empfangen. Links neben ihr ESU-Generalsekretärin Ingeborg Uhlenbrock (Düsseldorf).

ESU-Regionalkonferenz „Süd“ in Barcelona

# Alt und Jung aktiv für Europas Zukunft

Die ESU-Regionalkonferenz „Süd“ im lebendigen und lebenswürdigen, florierenden und anziehenden Barcelona an der Costa Brava demonstrierte Selbstbewusstsein, das durch eine Vielzahl von Initiativen und Vorzeigbarem in Richtung auf mehr Beschäftigung gestützt wird.

Bevor sich die Gäste aus zehn Ländern am 22. April zu einem Seminar einfanden, konnten sie sich im Gründerzentrum des „Aktiv-Technologie-Parks Nord“ davon überzeugen, was intelligente, gezielte Wirtschaftsförderung mit staatlichen Mitteln bewirken kann. Eine 2012 von der EU vergebene Auszeichnung bestätigt die Richtigkeit des beschrittenen Weges und motiviert zum Weitermachen.

Wie ist das Erfolgsrezept? Hier haben innovative Existenzgründer ein kleines Büro und somit eine Adresse für Interessenten und Kunden. Es geht ihnen ja darum, ihre Ideen und Produkte am Markt zu platzieren und ihre Firma möglichst zu vergrößern. So entstehen

## Hintergrund

Die christdemokratische UDC ist kleinerer Partner eines Bündnisses mit der liberalen UiD, die 2012 auf insgesamt 31 Prozent der Parlamentssitze kam und den Präsidenten stellt (Artur Mas/UiD). Katalonien hat seit 1978 – wie auch das Baskenland, Galicien und Navarra – den Status einer „Autonomen Gemeinschaft“. Es ist hoch industrialisiert, aber zugleich hoch verschuldet. Die Einkommen liegen über dem Durchschnitt in den weiteren Landesteilen.

neue Jobs, „was bei einer Arbeitslosigkeit um die 20 Prozent äußerst wichtig ist“, betont die Begleiterin Susana Tintoré. Es werde streng darauf geachtet, dass die kleinen Unternehmen ihre Strategie konsequent verfolgen, und wer sein Überleben gesichert hat und Leute einstellt, muss das Büro für Nachfolger frei machen.

Zum ersten Mal Gastgeber einer Regionalkonferenz, die üblicherweise in Kooperation mit der Europäischen Volkspartei EVP stattfindet, erwies sich der katalanische Seniorenverband „Unió de la Gent Gran“ (politisch beheimatet bei der Partei „Unió Democràtica de Catalunya“/UDC/siehe Kasten) als anspruchsvoller und umsichtiger Hausherr. Sein Präsident Jaume Jané i Bel sieht im Rückblick auf die beiden Tage, dass alle beteiligten Organisationen in ihrer Verantwortung für die ältere Generation und ihre Familien bestärkt wurden. Mit dieser Einschätzung nahm Jané Gedanken aus der Begrüßungsansprache der Vizepräsidentin Dr. Marilies Flemming (Österreich) auf. Im Namen des verhinderten Präsidenten Dr. Bernhard Worms (Deutschland) hatte sie als gemeinsames Ziel aller Anstrengungen „Mehr Europa“ gefordert. Das bedeute, mehr Einfluss für christliche Werte mit der Freiheit als dem wichtigsten Menschenrecht – und entschlossenes Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft, die für das Wohlergehen aller Familien unerlässlich sei.

## Die Stimme der Jüngeren

Symptomatisch für die Tendenz der Konferenz war ein gemeinsamer Auftritt jüngerer Politiker. Sie stehen für eine neue, unkomplizierte Art, Politik zu machen. Iban Rabara und Roger Montanola (beide Junge Union) warnten davor, die „Parteiarbeit mit einem normalen Job zu verwechseln“. Sie seien eingetreten, „um die Gesellschaft zu verändern“. Für sie gehört die Zusammenarbeit der Generationen dazu, und sie sei Alltag. Zu politischen Demonstrationen unserer Tage meinten sie: „Ja, aber mit

Augenmaß.“ Der Dritte auf dem Podium – der Europa-Abgeordnete Salvador Sedó – schwor seine 50 Zuhörer auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühsommer 2014 ein, die auch die ESU und alle ihre Mitgliedsverbände in 25 Ländern in die Pflicht nehmen. Bei Begegnungen mit Politikern wie der Präsidentin des katalanischen Parlaments, Núria de Gispert, der Vizepräsidentin der Regierung Kataloniens, Joana Ortega, der stellv. Bürgermeisterin, Sònia Recasens, sowie mit Ratsmitgliedern der Stadtbezirke – Irma Rognoni Nou Barris und Gerard Ardanuy (L’Eixample) – festigte sich die in Vorträgen und bei Besichtigungen gewonnene Überzeugung, dass Jung und Alt im Raum Barcelona eine gute Zukunft haben.

Barcelona mit seinen 1,6 Millionen Einwohnern ist reich an landschaftlichen Reizen und architektonischen Highlights. Die Konferenzteilnehmer lernten am „St. Georgs-Tag“ („Sant Jordi“) nicht nur die Kathedrale „Sagrada Família“ („Heilige Familie“) als Wahrzeichen der Stadt und Kataloniens kennen, sondern bekamen auch etwas von der Feierlaune der Katalanen zu spüren. Diese machen den 23. April, den Namenstag ihres Schutzpatrons, auf der Rambla Catalunya zu einem Fest für die ganze Familie, wobei kleine Geschenke (Rosen für die Damen und Bücher für die Herren) große Bedeutung besitzen.

Auch ESU-Generalsekretärin Ingeborg Uhlenbrock ging beim Anblick der buntgeschmückten Stände – darunter einer des UDC – und der fröhlich gestimmten Besucher das Herz auf, und sie bedankte sich bei allen Beteiligten für die gut vorbereitete und vielfältige Konferenz. Als Repräsentanten des ESU-Präsidiums waren neben der Generalsekretärin und Marilies Flemming auch die Vizepräsidenten Prof. An Hermans (Belgien), Maria Mantziafou-Kanellopoulou (Griechenland) und Leif Hallberg (Schweden) sowie Schatzmeisterin Dr. Edltraud Paul (Österreich) nach Barcelona gereist. Ulrich Winz

# Eine zentrale Aufgabe der nächsten Legislaturperiode



Unser Gesundheitssystem steht aufgrund der demographischen Entwicklung vor einer umfangreichen Neujustierung.

Die medizinische Versorgung muss verstärkt auf die alternde Bevölkerung ausgerichtet werden. Das wird nach meiner Überzeugung die zentrale Aufgabe der Gesundheitspolitik in der kommenden Legislaturperiode des Bundestags sein.

## Prävention stärken

Gesundheit und Lebensqualität im Alter kommen nicht von selbst. Deshalb spricht alles dafür, dass wir die Prävention stärken und sie in der Gesundheitspolitik gleichwertig neben Behandlung und Rehabilitation stellen. Denn gute Vorsorge dient der Gesundheit und steigert die Lebensqualität – in jedem Alter.

Das neue Krebsregister, mit dem wir die Vorsorge und Früherkennung verbessern und Fortschritte bei der Therapie erzielen, geht in die richtige Richtung. Gleiches gilt für die „zugehende zahnärztliche Betreu-

ung“, die wir zum 1. April 2013 eingeführt haben. Dadurch kommt ab sofort der Zahnarzt auch zu Heim- und Hausbesuchen. Wir werden darüber hinaus noch vor der Wahl konkrete Präventionsziele für die Zeit bis 2020 beschließen – zur Senkung der Diabetes und der psychischen Erkrankungen sowie der Rückfallquote beim Herzinfarkt.

## Innovative Ideen im Pflegebereich

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat ein Konzept für eine bessere medizinische Versorgung von Pflegeheimbewohnern vorgelegt, das ich nachdrücklich unterstütze. Es sieht vor, pflegebedürftige Heimbewohner künftig von Teams aus Haus- und Fachärzten zu betreuen, die gemeinsam Bereitschaftsdienste für das jeweilige Heim organisieren.

Das bedeutet: zusätzliche Mittel für Beratungsgespräche, für mehr Hausbesuche und die Koordination der Behandlungen statt – gerade an Wochenenden und Feiertagen – überflüssige und beschwerliche Krankentransporte und Klinikeinweisungen.

## Neue Versorgungsstrukturen

Sinnvoll erscheint auch die Einführung geriatrischer Institutsambulanzen. Diese können Versorgungsprobleme lösen, wenn das hausärztliche Leistungsspektrum nicht ausreichend ist. Hier bestehen – insbesondere im ländlichen Raum – Defizite, die wir angesichts der zu erwartenden Zunahme geriatrischer Patienten beheben müssen.

Ferner plädiere ich dafür, künftig verstärkt auf Netzwerke zu setzen, wie zum Beispiel medizinische Versorgungszentren, die die knapper werdenden Ärztressourcen optimal einsetzen. Dabei denke ich an Praxen, in denen Ärzte verschiedener Fachrichtungen regelmäßig, etwa an bestimmten Wochentagen, die Station aufsuchen. Das verbessert die fachärztliche Versorgung, ohne dass sich vier oder fünf Fachärzte mit eigener Praxis ansiedeln müssen.

Und ich war schon immer ein Verfechter der guten alten Gemeindeschwester, die vor Ort mit den Problemen und Bedürfnissen der Menschen vertraut ist.

## Telemedizin ausbauen

Angesichts einer teilweise schon heute prekären Gesundheitsversorgung auf dem Land und der Alterung der Gesellschaft wird der modernen Medizintechnik, der Telemedizin und den fortgeschrittenen Kommunikationstechnologien künftig große Bedeutung für den flächendeckenden Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung zukommen.

Ich bin dafür, dass wir möglichst bald Pilotprojekte starten, um gemeinsam mit Angehörigen, Ärzten, Apothekern und Pflegediensten eine umfassende gesundheitliche Versorgung von alten und gebrechlichen Menschen zu gewährleisten, ohne dass diese ihre Wohnungen verlassen müssen. Das gilt für die Prävention und die Behandlung ebenso wie für Rehabilitation und Pflege. Im Zentrum steht auch hier das Bestreben, zur Lebensqualität und zur möglichst großen Selbstständigkeit alter und pflegebedürftiger Menschen beizutragen.

Schließlich noch eine Anmerkung zu einem verbreiteten Vorurteil: Es sind nicht die alten Menschen, die eine Kostenexplosion im Gesundheitssystem auslösen. Entscheidender Kostentreiber ist vielmehr der medizinisch-technische Fortschritt. Natürlich sind die Behandlungskosten vor dem Tod eines Menschen besonders hoch. Das gilt jedoch völlig unabhängig davon, ob er 70, 80 oder 90 Jahre alt wird.

Diese Erkenntnis untermauert den Grundsatz, in unserem Gesundheitswesen alle Patienten gleich zu behandeln. Wir dürfen keinerlei „altersdiskriminierende Muster“ zulassen. Deshalb werden wir auch künftig sicherstellen, dass alle Patienten in unserem Land die medizinischen Leistungen erhalten, die sie benötigen. ■



Der Autor: **Erwin Rüdell**, MdB, ist Mitglied in den Ausschüssen für Gesundheit und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages. Seine Themenschwerpunkte sind Patientenrechte, Verbraucherschutz im

Gesundheitswesen, Pflege und Seniorenpolitik. [www.erwin-ruedell.de](http://www.erwin-ruedell.de)

## Buchtipp:

# Wir werden älter. Vielen Dank. Aber wozu?

Wir werden immer älter. In zwei Jahrhunderten hat sich unsere Lebenserwartung verdoppelt. Wozu eigentlich? Was hat das lange Leben für einen Sinn in einer Gesellschaft, die das Starke und Schnelle be-

lohnt? Peter Gross stellt das herrschende Altersbild auf den Kopf. Alter birgt Entschleunigung. Alter beruhigt.

Alter macht das Leben zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ganz. Alter mäßigt eine heißlaufende Gesellschaft, die sich



selbst in jugendlichem Überschwang überfordert und ihre eigene Lebensgrundlage verzehrt. Der Autor Peter Gross, Jahrgang 1941, lehrte Soziologie an den Universitäten Bamberg und St. Gallen.

**Peter Gross: Wir werden älter. Vielen Dank. Aber wozu? Verlag Herder, Freiburg 2013, 160 Seiten, ISBN 978-3-451-30699-09, 14,99 €**

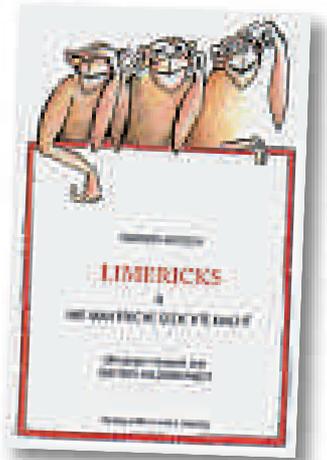
## Limericks & Wie man freche Gedichte macht

„Noch war ich nicht fertig damit, nie einen Raum auf Windischeschenbach gefunden zu haben, da überfiel mich die Post mit diesem Werk von Werner Hadulla. Nun gebe ich mein genau 62-jähriges Suchen auf. Tennisspielen und Limericks, das waren die zwei Dinge, an denen mein

Ehrgeiz zerschellt ist“, schreibt Deutschlands wohl bekanntester Kabarettist, Dieter Hildebrandt, im Vorwort zu Werner Hadulla's Limericks. Und lobt schließlich:

„Das ganze appetitliche Büchlein vom Verlag edition unica Leipzig liest man durch und klatscht in die Hände. Meine Lust am Limerick ist wieder erwacht.“ Was soll man dazu noch weiter sagen?

**Werner Hadulla: Limericks & Wie man freche Gedichte macht, Verlag edition unica Leipzig, Leipzig 2013, 150 Seiten, ISBN 978-3-933287-60-1, 9,90 €**



## Initiativen:

# Die UOKG

Hinter dem Kürzel UOKG verbirgt sich die 1992 gegründete Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Sie hat ihren Sitz im Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin-Lichtenberg. Unter ihrem Dach sind mehr als 30 Verbände aus dem Osten und Westen Deutschlands vereinigt, deren gemeinsames Ziel darin besteht, das Leid der Opfer realsozialistischer Gewaltherrschaft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Zu den Mitgliedsverbänden zählen beispielsweise Lagergemeinschaften der Opfer sowjetischer Speziallager (Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.) und Organisationen politischer Häftlinge aus der DDR (Cottbuser Häftlingsgemeinschaft).

Aktuell setzt sich die UOKG für die Erhaltung der Berliner EastSide Gallery (ein erhaltenes Stück der Berliner Mauer) als Mahnmal und für die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus ein. Für ein solches Mahnmal stimmte auch die Bundesdelegiertenver-



**Wilhelm Sprick, der viele Jahre in mehreren Lagern Schreckliches erdulden musste, zeichnet eindrucksvolle Bilder gegen das Vergessen.**

*Quelle: Bundesstiftung Aufarbeitung*

sammlung der Senioren-Union im September 2012 in Recklinghausen. Mit dem vom SU-Landesverband Hamburg eingebrachten Antrag wurde auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich für das Mahnmal stark zu machen. Die Senioren-Union Hamburg sammelte bislang

über 500 Unterschriften. Deren Landesvorsitzende Hermine Hecker mahnt: „Dabei soll es nicht bleiben, denn gebraucht werden Tausende!“

Unterschriftenlisten können angefordert werden bei [www.uokg.de](http://www.uokg.de) oder telefonisch unter (030) 55494536. ■



# Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatl. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerte Lebenslust.

[www.fachingen.de/hydrogencarbonat](http://www.fachingen.de/hydrogencarbonat)

**STAATL.  
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.

# WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



## SCHLOSSHOTEL OTH <sup>★★★★</sup>

Wien erleben - in Baden wohnen

A-2500 BADEN bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: +43/ (0) 2252 / 444 36, Fax 44 900

### BADEN BEI WIEN

BADEN BEI WIEN mit seinem milden sonnigen Südklima (vom März bis November), zählt mit seinem gemütlichen Ambiente zu den größten (30.000 Einwohner) und attraktivsten Sommer-Urlaubsorten Österreichs. Sandstrand, Palmen, einer der prächtigsten Rosenparks Europas, größtes Casino unseres Kontinents, Theater, Konzerte, Blumenfeste, malerische Altstadt, bunte Märkte, Wanderungen im Wienerwald, durch Weinberge zum „Heurigen“ (Winzerschenken), u.v.a.m. erwartet Sie, nur 20 km südlich von WIEN!

### SCHLOSSHOTEL OTH

**„WIEN erleben – in BADEN wohnen“**  
... ein kleines Stück Paradies zum Wohlfühlen!

**Freuen Sie sich auf das „WIEN-Erlebnis-Programm“ vom Schlosshotel Oth!**

Abwechslungsreiche Programm-Angebote aus Unterhaltung, Kultur und WIEN-Erlebnis. Persönliches Service & Gäste-Betreuung durch die Hotelier-Familie Oth. Umfangreiche organisatorische Unterstützung für Ihre Reise- und Programmgestaltung, etc. Genau das Richtige z.B. für Ihre besondere **WIEN-REISE** mit Freunden!

**SCHLOSSHOTEL OTH - für Sie der „Ideale Ausgangspunkt“ für WIEN und Umgebung!**

Für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc. Konzert- und Theaterkarten werden gerne besorgt!

**Privat geführtes Urlaubshotel mit mediterranem Flair**, romantischem Ambiente, persönlichem Service und gemütlicher Urlaubs-Atmosphäre, so richtig zum Wohlfühlen!

**Zimmer hell und freundlich** mit großem Balkon, angenehmen Schlafkomfort-Betten, Bad/Dusche, WC, **Gratis W-LAN am Zimmer**, Kabel-TV, Zimmer-Safe, Kühlschrank, etc. Lift, Hausarzt, Garten, A-la-carte-Restaurant, **HALBPENSION** (gerne auch leichte Diät), **FRÜHSTÜCK BIS MITTAG!**

**SCHLOSSHOTEL OTH - zentrale ruhige Grün-Lage im Badener Villenviertel,**

nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten **SANDSTRAND-THERMALBAD (freier Eintritt exklusiv für unsere Gäste!)**. Bequem zu Fuß zu schönen Wanderungen, zu Winzerschenken, zum Wegerl im Helenental, in die malerische Badener Altstadt zu bunten Märkten, beeindruckenden Parkanlagen mit Konzerten, zu Cafes, Restaurants, Boutiquen, größtem Casino Europas, ...

**Direkt ab Schlosshotel Oth: Bequemer „WIEN-City-BUS“:**

... direkt nach WIEN-Zentrum / Altstadt / Oper und Wiener U-Bahn (nach Schloss Schönbrunn, Prater, Wiener Messe etc.) BUS fährt jede Stunde – Rund-um-die-Uhr (Fahrzeit ca. 30 Min!)



**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren Hotelprospekt und günstige Angebote!**

Einfach anrufen unter

**Tel: 0043 / 2252 / 44 436**  
oder E-Mail an [hotel@oth.info](mailto:hotel@oth.info)

**SOUVERÄN - Preis:**  
Im Doppelzimmer + Balkon, etc. pro Person:  
**7 NÄCHTE** inkl. Frühstück € 398,-  
inkl. Halbpension € 510,-  
Einzelzimmerzuschlag 70,-



vom Hotel: ...nur 50m zum SANDSTRAND-Thermalbad!

... nur 200m zum Badener ROSEN-PARK!

[www.oth.info/wien-reise](http://www.oth.info/wien-reise)